

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Umsturz- und Putschgerüchte

Runderlaß Severings — Polizei im Alarmzustand — Goebbels unerreichbar

Berlin, 11. März 1932

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Minister des Innern an alle Polizeibehörden den folgenden Runderlaß gerichtet:

Seit Tagen werden in der Bevölkerung Mitteilungen, Nachrichten und Gerüchte verbreitet, wonach radikale Gruppen, insbesondere die Nationalsozialisten, angeblich unmittelbar nach der Wahl des Reichspräsidenten am 13. März und ohne Rücksicht auf den Ausfall beabsichtigen sollen, gewaltsam einen Umsturz herbeizuführen. Es ist Aufgabe der Polizei, diesen nervösen Gerüchten entgegenzutreten. (Wie sollte das die Polizei wohl tun? Die Red.)

Ich mache es ihr aber zur besonderen Pflicht, jeden Versuch einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung möglichst schon vorbeugend im Keime zu ersticken.

Jede Gewalttätigkeit ist unter Verwendung aller, auch der schärfsten Kampfmittel von vornherein rücksichtslos

zu unterdrücken. Für die Gewährleistung des restlosen Einsatzes aller polizeilichen Kräfte, Beamten und Kampfmittel, mache ich die Polizeiverwalter persönlich verantwortlich.

*

Durch Polizeifunkspruch hat der Preußische Minister des Innern am 10. d. M. ferner an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin die folgende Anordnung gerichtet:

Ich erwarte zur Sicherung der Wahlfreiheit und Ordnung bei Reichspräsidentenwahl von allen Polizei- und Landjägerbeamten vollen Einsatz ihrer Person. Für die Polizei wird weiter vom 12. März 1932 ab 12 Uhr durch diesen Funkspruch erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet. Erleichterungen, Beurlaubungen usw. sind verboten. Für die Landjäger wird Urlaubssperre vom 12.—15. März verhängt. Für die Polizei- und Landjägerschulen gilt gleichfalls ab 12. März 1932 ab 12 Uhr erhöhte Alarmbereitschaft.

Durcheinander um Hindenburg

Die Hoffnungen der Deutschen Volkspartei

Das Durcheinander um Hindenburg nimmt täglich groteskere Formen an. Jede seiner Stützen, die heute so übereifrig für ihn agitieren, tut dies aus einem anderen Grund. Da prangt an den Litfaßsäulen ein Plakat, dessen Verfasser sich zu Hindenburg bekennen, weil er „ein Mann und keine Partei“

ist. Der Sozialdemokrat Radbruch begeistert sich für Hindenburg, weil er — Hindenburg ist, und ähnlich sagt es auch Brüning in seinen Reden. Auch die Staatspartei weiß im Grunde genommen nichts anderes, es sei denn, daß sie ebenso wie das Zentrum auf ihn die Hoffnung setzen, daß er sich als Wahrer und Hüter ihrer speziellen Interessen und als Stütze des gegenwärtigen Kabinetts erweise. Das wieder ist auch die Hoffnung, die auch die „Eisernen“ die Trommeln für Hindenburg rühren läßt. Aber da marschiert in der Hindenburgfront auch die deutsche Schwerindustrie, wie sie in der deutschen Volkspartei ihren politischen Ausdruck findet, und diese bekennet sich nun wieder just aus dem Grunde zu Hindenburg,

weil sie in seiner Wiederwahl die beste Garantie dafür erblickt, daß sie dadurch ihr Ziel, die Beseitigung Brünings und die Schaffung einer hundertprozentigen Rechtsregierung, am ehesten erreicht.

Mit aller Offenheit hat dies der Führer der Deutschen Volkspartei, der Reichstagsabge-

ordnete Dingeldey, in der „Berliner Börsenzeitung“ vom 11. März ausgesprochen:

„Für Hindenburg: Wenn eine Regierung mit Einbeziehung der Rechten in Deutschland kommt — trotz der Stellungnahme des Reichskanzlers —, dann ist uns unentbehrlich ein Reichsoberhaupt, dessen überparteiliche Handlungsweise und dessen nationale Bedeutung ein Symbol des Einheitswillens unseres Volkes ist.“

Und darüber, was Dingeldey unter einer „Regierung mit Einbeziehung der Rechten“ versteht, läßt er in seinem Artikel nicht den geringsten Zweifel aufkommen. Es ergibt sich auch schon aus der an Brüning gestellten Forderung: „Er müßte gleich uns die Heranziehung der radikalen, aber auf nationalen Instinkten beruhenden Bewegung zur Verantwortung fördern.“

Die Deutsche Volkspartei ist also für Hindenburg, weil sie zugleich für Hitler ist, und da sie unter allen Parteien schon auf Grund der hinter ihr stehenden Wirtschaftsmacht bei den kommenden Entscheidungen den Ausschlag geben wird, so wird jeder, der für Hindenburg stimmt, gleichgültig, ob er will oder nicht will, auch für Hitler stimmen.

Damit verkehrt sich aber auch der im Vorstandsbüro der SPD erfundene Ruf der Eisernen Front: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!“ in seiner Wirkung in das Gegenteil.

Das Spiel mit dem Bürgerkrieg

Grundlagen der Putschgerüchte

ZN. Berlin, 11. März 1932.

Da in Erwartung eines unruhigen Wahlsonntags die in erhöhter Alarmstufe stehende Schutzpolizei sich auch mit neuen technischen Hilfsmitteln verstärkt hat, wird in nationalsozialistischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß für den Fall einer Wahl Hitlers dieser durch die jetzigen Inhaber der Staatsgewalt an der Uebernahme der Macht verhindert werden solle. Umgekehrt wird auf der anderen Seite die Nachricht verbreitet,

daß die SA für den Fall der Wahl Hindenburgs zur Gewalt übergehen wolle.

An Einzelheiten konnten wir hierzu feststellen:

Hitler wird für Sonntag in Berlin erwartet, ebenso Gregor Strasser. Held Röhm ist bereits in Berlin, wo sich ja auch dauernd Herr Goebbels aufhält. Es werden also am Wahltag in Berlin neben dem Parteiführer der Leiter der SA-Truppe, der Organisationsleiter und der Propagandaleiter versammelt sein. Röhm, der Stabschef der SA, arbeitet hier dauernd mit dem Berliner Gruppenführer Graf Helldorf.

Die SA soll am Sonntag nach der Wahlarbeit aus Berlin herausgezogen werden. Die Führer unter sich behaupten, daß sie hierzu einen Wink „von oben“ bekommen hätten. Sie sollten den Straßenkampf am Abend „der Linken“ überlassen, unter der man energisch aufräumen könne.

Denn Krach gäbe es „so oder so“. Gehe aber am Sonntag die SA auf die Straße, so werde die Polizei leicht mit ihr fertig, da sie die sentimentale Volksstimmung für sich habe, wenn sie verbreiten könne die SA sei „gegen Hindenburg“ aufgestanden. — Unter den SA-Leuten dagegen wird geglaubt, daß

man sie aus der Stadt herausziehe, um sie gegebenenfalls geschlossen einsetzen zu können.

Aus Schlesien und dem Rheinland sind geschlossene SA-Verbände mit eiserner Ration, Verbandspäckchen usw. versehen mit unbekanntem Ziel in Marsch gesetzt worden.

Die SA gilt als nicht mehr zu halten. Goebbels macht das gegen Hitler geltend, der sie zurückhalten möchte. Seit gestern ist Goebbels, der in Hamburg, wo er als Redner angesagt war, ausblieb, „nicht mehr zu erreichen“.

Militär auf der Pirsch

ZN. Berlin, 11. März 1932.

Der frühere Leiter der Berliner Schutzpolizei, Kaupisch, ist seit einigen Tagen in Berlin.

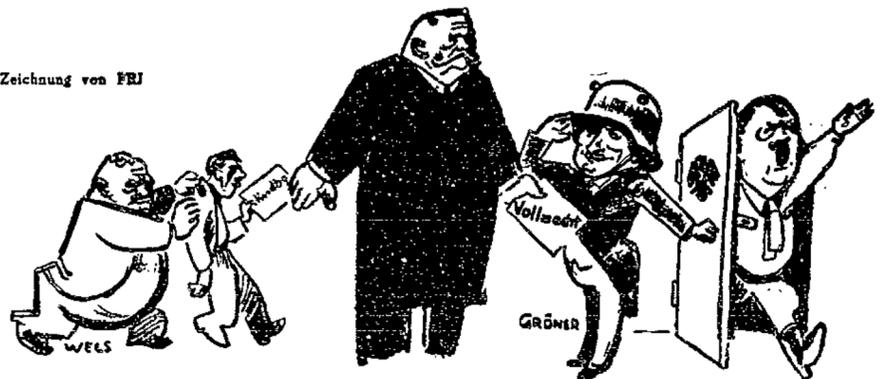
Oberst Kaupisch wurde seinerzeit abberufen, nachdem während der Zeit seiner verantwortlichen Leitung in der Schutzpolizei verfassungs- und republikwidrige Bestrebungen, wie die des damaligen Polizeioberleutnants Steanes, Führer der Hundertschaft z. b. V., nicht hatten an der Entwicklung verhindert werden können. Er lebte dann als Pensionär in Nordhausen in dem Kreise, den der frühere Oberst Nicolai, im Kriege Chef der Nachrichten (Spionageabteilung) der OHL IIIb, in der auch Herr Kaupisch tätig war, um sich gesammelt hatte.

In NSDAP-Kreisen wird behauptet, daß Kaupisch im Falle von Unruhen, in denen dem Brauch der Republik gemäß die Reichwehr die vollziehende Gewalt an sich nehmen und ihr die Polizei unterstellt werden würde, als Kommandeur der Berliner Schutz-Polizei in Aussicht genommen sei.

Hindenburg ist kein Garant gegen einen Sieg Hitlers!
Hindenburg hat vielmehr die Mission, Hitler den Weg zur Macht zu ebnen.
Wer gegen Hitler ist, muß darum auch gegen Hindenburg sein.
Wer gegen Hitler ist, der stimmt daher nicht für den General der Bourgeoisie, sondern für den Soldaten des Proletariats!

Wer gegen Hitler ist, der stimmt für Thälmann

Zeichnung von FEI



Wer Hindenburg wählt, hilft Hitler.

Nette Bundesgenossen!

„Eiserne Front“ besorgt das Geschäft des Großkapitals und des Junkertums

In der Morgenausgabe des „Berliner Tageblatts“ vom 9. März findet sich eine Aufzählung von prominenten Persönlichkeiten, die sich dem rheinisch-westfälischen Ausschuss für die Wiederwahl Hindenburgs angeschlossen haben. Den Proleten in der eisernen Front, die immer noch glauben, mit der Wahl Hindenburgs den Faschismus schlagen zu können, seien hier einige Namen daraus bekanntgegeben. Da sind zunächst etliche von den großen Scharfmachern der Schwerindustrie, Geheimrat Duisberg, Leverkusen, Generaldirektor M. Klönne, Dortmund, Generaldirektor Haßlacher und Generaldirektor Reuter, Duisburg, u. a. Im alten Preußen gab es ein Sprichwort: „Der Mensch fängt erst beim Leutnant an“. In der Hindenburgrepublik ist das noch übertroffen, da muß es mindestens ein General... sein. Wir können hiernicht alle Titel und Namen auflisten, die sich da gefunden haben, aber es wimmelt nur so von General-Direktoren, General-Majoren, General-Leutnants, General-Konsuln, und sogar einige richtiggehende Generale sind dabei. Auch so etwas gibt es: Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat, Dr. h. c. v. Gescher, Regierungspräsident i. R., Wirklicher Geheimer Rat! Fehlt nicht noch irgendein Titel?

Dann findet sich das ganze Mittelalter ein und erhebt seine Stimme für den Generalfeldmarschall, Freiherr Heeremann von Zuydtwyck auf Surenburg, Freiherr von Kerkerinck zur Borg, Haus Hohenfeld bei Roxel, (Achtung Setzer, nur keinen Druckfehler!) Baron von Twickel, Graf Franz von Gahlen. Diese Auslese mag genügen. Die alleinseligmachende Kirche darf natürlich dabei nicht fehlen. Sie ist durch Erzbischof Dr. Klein, Paderborn, vertreten. Aus der Firma Wels & Co. ist keiner dabei. Man hat sich da wohl zu sehr geschämt. Wie würde das auch aussehen, wenn da stände: Leipart oder Husemann oder Tarnow? So einfach ohne jeden Titel? Das würde doch zu sehr auffallen zwischen den ganzen Exzellenzen! Wir schlagen der preußischen Regierung vor, dem Uebel abzuhelfen durch die Ernennung Tarnows z. B. zum „Wirklichen Geheimen Generaloberarzt“ für kapitalistische Krankheiten. Wenn Hitler in Braunschweig Regierungsrat geworden ist, warum sollte nicht...?

An anderer Stelle in der gleichen Nummer des „B.T.“ lesen wir:

„Die Eisernen Front ist in weiten Gebieten auf dem flachen Land der einzige Träger der Wahlagitatorik für Hindenburg. Denn die Tätigkeit der Hindenburg-Ausschüsse beschränkt sich auf die größeren Städte, und selbständige Kundgebungen der Sozialdemokraten sind verhältnismäßig selten.“

Merkt du was, Prolet? Da wo der Arm des Groß-Kapitals und des Junkertums nicht hinreicht, besorgt die „Eiserne Front“ deren Geschäfte. Die SPD wagt dabei nicht als Partei hervorzutreten, sondern schiebt ihr jüngstes Kind aus „Eisen“ vor. Klarer und deutlicher kann es gar nicht hervortreten, welchen Zwecken der ganze „eisernen“ Schwirbel eigentlich dient. Er soll breite Proletariatsmassen auf die Seite des Klassenegners, auf die andere Seite der Barrikade hinüberführen zur Erhaltung des Einflusses gewisser Führercliquen.

Hindenburg und Hitler sind nur zwei Exponenten ein und desselben Systems! Hindenburg verkörpert die augenblickliche Herrschaftsform der Bourgeoisie über das Proletariat, den Artikel 48, und Hitler die kommende, wenn die Arbeiterschaft sich nicht noch in letzter Stunde besinnt und durch die rote Einheitsfront die faschistische Macht ergreifung unmöglich macht. Das wissen die Scharfmacher der Industrie und des Junkertums ganz genau. Deshalb unterschreiben sie mit der Rechten den Wahlauftrag für Hindenburg und schieben mit der Linken Hitler die Gelder zu, mit denen er die nationalsozialistische Propaganda gegen den Marxismus finanziert. Wenn der Tag kommt, da die Diktatur Hindenburg-Brüning nicht mehr genügt, das Proletariat niederzuhalten, lassen sie diese fallen und bedienen sich des „Führers“ mit seinen Terrorbanden.

Deshalb, wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wählt den Kapitalismus und die Knute! Wer den Sieg des Proletariats über den Faschismus will, wählt Thälmann!

Karriere!

Bürgermeister Bühler von der SPD zur NSDAP

Der Dresdner Bürgermeister Dr. Bühler, der vor kurzem aus der SPD ausgetreten ist, hat seinen Uebertritt zur NSDAP erklärt.

Die erfolgreiche Karriere bei der SPD und durch sie findet so ihre logische Fortsetzung.

Stier-Somlo gestorben. Der bekannt Rechtslehrer Dr. Fritz Stier-Somlo, Professor für öffentliches Recht an der Universität Köln, ist nach längerem Leiden am Freitag verschieden.

Hindenburg im Radio

Wem ist der Reichspräsident verantwortlich?

Eine vorher auf Wachsplatten aufgenommene Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg ist gestern Abend auf alle deutschen Sender übernommen und von ihnen verbreitet worden. Aus den Sätzen, die Hindenburg auf die Wachsplatten gesprochen hat, sind einige bedeutsam genug, um sie auch unseren Lesern nicht vorzuenthalten. Hindenburg meinte:

„Wenn ich mich nach ernster Prüfung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich versagt, so bestand die Gefahr, daß bei der starken Parteizersplitterung, insbesondere der Uneinigkeit der Rechten, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reichs gewählt würde.“

Bei der sorgfältigen Stilisierung dieser Ansprache muß auffallen, daß Hindenburg zwar von dem Kandidaten der radikalen Rechten, aber nur von „einem solchen“, also nicht dem, der radikalen Linken spricht, der im zweiten Wahlgang gewählt werden könnte. Er fürchtet also nicht Thälmanns Wahl, sondern vielmehr die eines proletarischen Einheitskandidaten. Diesen Satz Hindenburgs mögen sich SPD wie KPD merken. Er gilt für beide Parteien.

Hindenburg fährt dann im gleichen Zusammenhang fort:

„Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des Deutschen Volkes

gegen sich haben würde, hätte aber unser Vaterland in schwere, nicht absehbare Erschütterungen versetzt. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht.“

Hier muß wohl der gegenwärtige Inhaber der Reichspräsidentschaft darauf aufmerksam gemacht werden, daß ja auch seine Wahl am 26. April 1925 gegen eine Mehrheit des Deutschen Volkes erfolgt ist.

Dann aber folgt ein Absatz, gegen den sich vor allem die berufenen Hüter der Reichsverfassung wenden sollten, er enthält gefährliche Möglichkeiten. Hindenburg sagte, nach Hervorhebung der vermeintlichen Tatsache, daß ihm die Kandidatur von überparteilichen Kreisen angetragen sei — in Wirklichkeit wird seine Kandidatur von allen Regierungsparteien und den Sozialdemokraten gestützt und gefördert:

„So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen Deutschen Volkes meines Amtes walten können.“

Dazu wäre zu sagen, daß Herr von Hindenburg am 12. Mai 1925 mit der Eidesleistung auf die Verfassung, nicht schon mit seiner Wahl am 26. April 1925 Deutscher Reichspräsident wurde, denn der Artikel 42 der Reichsverfassung bestimmt:

„Der Reichspräsident leistet bei der Uebernahme seines Amtes vor dem Reichstag folgenden Eid:

Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reichs wahren, meine Pflichten gewissenhaft er-

füllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Nach dem klaren Wortlaut des von uns zitierten Verfassungsartikels ist der Reichspräsident in keiner Weise „nur Gott, dem Vaterlande und seinem Gewissen verpflichtet“. — Davon steht da nichts drin, wie der Berliner sagt. Wenn Herr von Hindenburg sich privat noch seinem Gott verpflichtet fühlen sollte, so wollen wir dagegen gewiß nichts sagen. Das ist seine Sache, die wir respektvoll anerkennen; aber es ist eine Zugabe, die zwar nicht unter die Notverordnung gegen das Zugabewesen fällt, aber wie eine Ausschaltung des Artikels 42 der Reichsverfassung erscheinen könnte.

Schließlich noch eines: Man hat Herrn von Hindenburg gut zugeredet, doch auch in seiner Rede ein gutes Wort für die Arbeiter zu sagen, auf deren Stimmen er doch rechnet. Dies Wort ist nicht gefallen. Oder man müßte die „Erinnerung an den Geist von 1914“, die ja in keiner Rede des Reichspräsidenten fehlen darf, als das gute Wort für die Arbeiter ansprechen.

„Wie einst im Krieg die Not des Vaterlandes alles Trennende aufhob und die Massen des Volkes — gleich, ob sie der Arbeiterschaft, dem Landvolk oder dem Bürgertum angehörten — in gleicher Weise hingebungsvoll ihre Pflicht getan haben, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigkeit im Gedanken an das Vaterland zusammenfindet.“

Das sind Hindenburgs Worte an die Arbeiterschaft. Er erinnert an ein Meer von Blut und Tränen und Elend. Unter diesem Symbol sollen die sozialdemokratischen Arbeiter Hindenburg wählen...

Die eiserne Koalition

Der eiserne Aufmarsch im Lustgarten —: ein Zeugnis politischer Schwäche

Die „Eiserne Front“ hatte offenbar das Bedürfnis, ihre Niederlage vom letzten Sonntag auszugleichen, und forderte „das republikanische Berlin“ zu einer zweiten Kundgebung für Freitag Abend auf.

Die Teilnehmerzahl war durch die intensive Propaganda der „Eisernen“ und des Hindenburgausschusses in der Tat etwas gesteigert worden, es marschierten etwa 35 bis 40 000 Demonstranten.

MdR Aufhäuser sprach vor schwarzrotgoldenen Fahnen und erklärte, daß Hindenburg sich als guter Republikaner gezeigt habe...

*

Ein Beweis politischer Stärke war der Aufmarsch nicht. Er würde es nicht einmal gewesen sein, wenn sich der alte Traum des „Vorwärts“ einmal erfüllt hätte und wenn 100 000 Menschen im Lustgarten aufmarschiert wären.

Denn die Hindenburgfront geht vom Schwerindustriellen bis zum Metallarbeiter in der Hammerschaft, vom Bankier bis zum Arbeitersportler, vom demokratischen Zentrumsmann bis zum SAJ-Mitglied, vom republikanisch gewordenen Prinzen bis zum Rentenempfänger, vom katholischen Geistlichen bis zum Freidenkervorsitzenden und dem SPD-Genossen, der sich selbst noch links vorstellt, vom Reichsbannermann bis zum Militärvereiner.

Die Front geht von ganz rechts bis halblinks — und bringt nur knapp 40 000 Menschen in Bewegung. Und von diesen 40 000 sind zwei Drittel noch falsch am Platze.

Denn der Freidenker gehört nicht neben den Bischof Schreiber, auch politisch nicht, denn diese Freundschaft ist mit Konkordaten bezahlt.

Und ob der einfache Metallarbeiter neben den Schwerindustriellen gehört, mag sich jeder selbst beantworten. Wenn also der Herr Unternehmer ein Interesse an der Wiederwahl Hindenburgs hat, dann darf der Arbeiter keines haben.

Hier ist noch Arbeit zu tun! Bresche zu schlagen! Erst wenn die Arbeiter wieder gelernt haben, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen, marschiert der Sozialismus in Deutschland!

Liebesgaben für Hindenburg-Wähler

Die betont bürgerliche Korrespondenz Hofrichter nennt folgende Liebesgaben für Hindenburg-Wähler:

Für die Wirtschaftspartei:
Herabsetzung der Biersteuer; Zugabewesen; Ausverkaufswesen; begrenzte Sperre für die Einheitspreisgeschäfte; Hilfe für die mittelständlichen Bankinstitute. (Zum größten Teil schon erfüllt!)

Für die Landwirtschaft:
Erhöhung des Butterzollens.

Für die süddeutschen Rebellien:
Neuer Postabfindungsvergleich.

Für die Arbeiterschaft:
Arbeitsbeschaffungsprogramm mit Appell an die Erwerbslosen alias Arbeitsdienstpflicht. Da sind folgende wichtige Liebesgaben vergessen:

Für die Reichswehr und die Polizei:
Ausnahme von allen Gehaltskürzungen für Beamte.

Für die Beamten:
Auszahlung der Restgehälter schon zum 10. März.

Für das Chemie-Kapital:
Monopol für den Einheitsreibstoff. Die Liste kann fortgesetzt werden.

„Ritterliche Kampfesweise“

Nationalsozialistischer Femeausschuß in Ludwigshafen

Ludwigshafen, 10. März 1932.

Die „Neue Pfälzische Landeszeitung“ veröffentlicht eine Meldung, nach der in Ludwigshafen gelegentlich einer Gemeisitzung

von ausgewählten SA-Leuten ein Femeausschuß gebildet

worden sei zu dem Zweck, mißliebige führende Persönlichkeiten anderer Parteien als Geiseln fortzunehmen bzw. zu beseitigen. Den Mitgliedern dieses Ausschusses sei Schweigepflicht auferlegt worden, widrigenfalls sie „um die Ecke gebracht“ würden.

Das Gaupresseamt der NSDAP Pfalz demontiert diese Meldung, aber die „Neue Pfälzische Landeszeitung“ stellt zu dem Dementi der NSDAP jetzt neuerdings fest, daß die von ihr gebrachte Meldung richtig sei. Bei der polizeilichen Vernehmung hätten die SA-Führer Schleichert und Vogel zugegeben, daß die erwähnte Sitzung stattgefunden habe. Die ganze Angelegenheit sei bereits dem Reichsgericht in Leipzig zugeleitet, von wo auch die weiteren Untersuchungen durchgeführt würden.

Der große Unbekannte des Nazi-Schupos

Noch kein Reichsgerichtsverfahren

B.S. Entgegen der ursprünglichen Absicht sind Polizeileutnant Lange, Polizeiwachmeister Schulz-Briesen und seine Braut Gertrud Müller noch nicht dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts vorgeführt worden, weil die polizeilichen Ermittlungen in Berlin in dieser Sache noch nicht zum Abschluß gebracht worden sind. Natürlich besteht eine Fühlungnahme zwischen Oberreichsanwalt und der Berliner Polizei in dieser Angelegenheit seit Beginn der Untersuchungen.

Bei seinem erneuten Verhör ist Polizeileutnant Lange bei seiner bisherigen Darstellung geblieben, auch insoweit, als er behauptet, der Name des Vertreters der nationalsozialistischen Gauleitung, der mit ihm verhandelt habe, sei ihm entfallen. Dieser Mann habe ihm, als er zuerst mit ihm in Verbindung trat, seinen Namen nicht genannt, sondern ihm einen Brief eines Lange schon vorher bekannten nationalsozialistischen Funktionärs vorgelegt, in dem dem Offizier mitgeteilt wurde, er könne dem Ueberbringer des Schreibens völlig vertrauen. Dieser Funktionär soll angeblich inzwischen verstorben (!) sein. Im übrigen macht Leutnant Lange aus seiner politischen Einstellung kein Hehl. Er erklärte, er sei schon früher rechts eingestellt gewesen, er habe sich auch schon überlegt, ob er nicht lieber aus der Schutzpolizei ausscheiden solle, habe es dann aber vorgezogen, in Erwartung einer Aenderung der politischen Verhältnisse in Deutschland auf seinem Posten zu bleiben.

*

Weitere Verhaftungen oder Haussuchungen in dieser Angelegenheit sind, wie die „SAZ“ erfährt, bisher nicht erfolgt. Die Nichtabgabe der Akten an den Oberreichsanwalt scheint übrigens auf das Mißtrauen zurückgeführt werden zu müssen, das bei den maßgebenden preußischen Stellen seit ihren Erfahrungen mit dem Oberreichsanwalt Werner in der Sache des Boxheimer Dokuments herrscht.

Ob wohl die Zelle, die der nationalsozialistische Leutnant Lange in der Berliner Schutzpolizei gebildet hat und deren Aufdeckung den Organen Grzesinskis nunmehr gelungen ist, die einzige ihrer Art in der Berliner Schutzpolizei darstellt? Die Frage mit Ja zu beantworten, fühlen wir uns nicht gläubig genug.

Und wenn es ein Pfennig ist, Genosse!

Aus jedem Pfennig auf den Sammel Listen der SAP entsteht ein Flugblatt gegen den Klassenfeind, aus jedem Pfennig wächst Aufklärung verirrer Klassengenossen!

Hörerstreik gefällig?

Milchmädchenrechnung der Rundfunkgesellschaft / Herab mit den Gebühren

Im Rundfunk versuchte jüngst Dr. Magnus, Direktor der Reichsrundfunk-Gesellschaft, den Beweis zu erbringen, daß der Rundfunk nicht verbilligt werden könne. Er operierte dabei mit Zahlen, die wir nachstehend zunächst einmal kommentarlos wiedergeben:

Einnahmen: 3,7 Millionen zahlende Hörer	
	-- 88,8 Mill. RM.
Ausgaben: Reichspost 57%	= 50,6 Mill. RM.
Rundfunk 43%	= 38,2 " "
Ausgaben-Gliederung:	
1. Post:	Mill. RM.
Betrieb der Sender	5,5
Errichtung neuer Sender, Rate 1932	10,0
Umsatzsteuer	2,0
Sonstige allgemeine Ausgaben der Post	2,5
Abschreibungen	3,5
Fernleitungen	1,0
Ablieferung an das Reich	3,0
Personalkosten einschl. Ruhegelder und 20 Pfennig je Teilnehmer	
Kosten der Gebühreneinziehung	13,0
Ueberschuß der Reichspost zur Deckung anderer Kosten (Küstenfunk usw.)	10,1
Zusammen:	50,6
2. Rundfunk:	Mill. RM.
Zentrale Verwaltung	8,4
Betrieb in Bayern	2,9
Programmgestaltung aller Sender außerhalb Bayerns	17,0
Allgemeine Unkosten	3,6
Steuern, Versicherungen, soziale Abgaben	3,1
Einrichtung der Senderäume	2,4
Rest	0,8
Zusammen:	38,2

Da steht es. Und nun wollen wir mal mitrechnen. Zunächst die Ausgaben der Post. Es erscheint mehr als unwahrscheinlich, daß allein der Senderbetrieb, also Strom- und Materialverbrauch

täglich 15 000 RM. betragen soll. Ebenso unerklärlich ist ein Abschreibungsbedürfnis von 10 000 RM. täglich, von den 3000 RM. täglichen Kosten der Fernleitungen ganz zu schweigen. Auch die Errichtung der neuen Sender benötigt 1932 keine 10 Millionen; das werden wir am Ende des Jahres ja erleben.

Dann will uns die Post weismachen, daß sie für jeden Hörer 20 Pf. zusätzliche Einziehungskosten hat. Sie scheint den Begriff der fixen Kosten noch nicht zu kennen. Oder behauptet sie 1/2 Millionen im Jahr mehr auszugeben als vor der Einziehung der Gebühren durch die sowieso ins Haus kommenden Briefträger? Aber auch der Personaletat der Post für den Rundfunk, der bei 13 Millionen etwa 5—6000 Köpfe umfaßt, ist ungeheuerlich. Hier scheint ein Teil der postalischen Telephon- und Telegraphenverwaltung vom Rundfunkhörer mitbezahlt zu werden!

Allein an den 50 Millionen RM. der Post lassen sich ohne weiteres 10 Millionen RM. effektiv sparen.

Nun die Sendegesellschaften! Eine zentrale Verwaltung, die pro Hörer und Jahr über 2 RM. verbraucht, ist ein glatter Skandal. Wir möchten brennend gern erfahren, wie Herr Dr. Magnus diesen Posten rechtfertigt. Ebenso wenig können wir die Sonderbratwurst für Bayern billigen, die in gar keinem Verhältnis zur bayerischen Hörerzahl steht. Dennoch brauchen die außerbayerischen Sender nicht weniger als 50 000 RM. täglich fürs Pro-

gramm. Wir bitten die Kollegen, die am Rundfunk mit skandalösen Gehältern und Honoraren arbeiten, einmal diese 50 000 RM. täglich zusammen zu suchen. Zumal die „Reichssendungen“ ja schon zur täglichen Gewohnheit geworden sind und eigene Sendungen einer jeden Sendegesellschaft zu den größten Seltenheiten gehören. Dazu kommen noch 10 000 RM. täglich an „allgemeinen“ Unkosten, weitere 8—9000 RM. an Steuern und sozialen Abgaben und . . . 7000 RM. Tag für Tag zur Einrichtung der Senderäume!

Also, es kann nicht gespart werden, Herr Dr. Magnus?

Keine 4 Mill. RM. bei der allgemeinen Verwaltung? Keine 2 Mill. RM. beim sowieso schandhaft schlechten Programm? Keine Million in Bayern? Keine anderthalb Millionen an den sonstigen Ausgaben? Wir rechnen so nochmals 10 Millionen zusammen!

10 Mill. RM. bei der Post, 10 Mill. RM. beim Rundfunk, weitere 2 Millionen Gewinn-Verzicht von Post und Reich ergeben die 22 Mill. RM., die gebraucht werden, um die Gebühren um 50 Pfg. im Monat zu senken. Sie können gesenkt werden, und sie müssen gesenkt werden. Auch wenn Herr Dr. Magnus die Höhe seines Gehalts schamhaft nicht genannt hat . . .

Rettersong

Du klagst die Not den kalten Steinen,
Du frierst und hungerst mit den Deinen,
Und an der Kehle sitzt dir's Messer,
Wähl' Hindenburg, dann wird es besser!

Der Frost knirscht draußen vor den Scheiben,
Der Ofen kalt, trotz Händereiben
Erstarren dir im Leib die Därmer,
Wähl' Hindenburg, dann wird es wärmer!

Setz dich dein Hauswirt auf das Pflaster,
Das liegt nur dran: dir fehlt der Zauber.
Ich kann dir einen Trost empfehlen:
Den Marschall Hindenburg zu wählen!

Die Löhne sinken, sinken, sinken.
Sollst du in dieser Not ertrinken?
Du als des Volkes treuester Sohn
Wähl' Hindenburg, dann steigt der Lohn!

Und drohen Hitlers rauhe Scharen,
Nur eins kann dich davor bewahren . . .
Schlaf schön. Wozu willst du dich grämen?
Wähl' Hindenburg, er wird sie zähmen!

Schlag auf dein Buch der roten Lieder:
Liest du darin nicht immer wieder:
Ein General sprengt einst die Ketten?
Wähl' Hindenburg, er wird dich retten!

Tu dies und das! Nur eines nicht:
Nicht denken! Sonst, du Bösewicht,
Du würdest dein Gehirn nur quälen
Und etwa Hindenburg nicht wählen.

Wolf Rot.

S O S

Das Frachtschiff „Kaku Maru“, das mit einer Ladung Gasolin unterwegs ist, hat durch Notsignale mitgeteilt, daß an Bord Feuer ausgebrochen sei. Ein amerikanischer Zerstörer ist deswegen sofort zur Hilfeleistung ausgefahren. Das Frachtschiff, das sich zwischen Singapur und Hongkong befindet, soll vierzig Mann an Bord haben.

Der amerikanische Zerstörer „Tracy“ hat die Besatzung des brennenden japanischen Dampfers „Kaku Maru“ an Bord genommen.

Der Dampfer „Pehayo“ hat auf der Höhe der Cies-Inseln den in Seenot befindlichen Segler „Chao“ getroffen und dessen zehnköpfige Besatzung aufgenommen. Kurze Zeit darauf sank das Segelschiff.

Militär als Streikbrecher

Aus Gordoba wird gemeldet, daß gestern dort ein großer Streik ausgebrochen ist. Da die Bäcker streiken, wird die Herstellung des Brotes durch Militärbäcker besorgt. Der Streik erstreckt sich außerdem auf die Metall- und Elektroindustrie. Im übrigen wird gearbeitet.

Im Verlaufe des Tages wurden 25 Verhaftungen vorgenommen. Die Streikenden hatten Nägel auf die Straße gestreut, um die Reifen der Automobile zum Platzen zu bringen.

Geschütze im Wasser

In dem zur Zeit wegen Reinigung abgelassenen Staubacken der Talsperre Mauer bei Hirschberg entdeckten die Arbeiter drei 7,5-cm-Feldgeschütze mit vollem Zubehör im Schlamm,

sowie einen Krümperwagen. Die Geschütze waren mit einer dicken Fettschicht überzogen, so daß sie noch gut erhalten sind. Es wird angenommen, daß die Geschütze einer Selbstschutzabteilung gehörten, die im Jahre 1920 in Langenau im Quartier lag. Im März 1920 verließ nachts eine Batterie den Ort und fuhr nach der Talsperre Mauer, wo die Geschütze versenkt wurden. Bereits vor vier Jahren machte ein junger Mann den Beamten der Elektrizitätswerke Mitteilung von der Versenkung der Geschütze, die Hebung wurde jedoch damals abgelehnt (!).

Offenbar wollte man sich diesen Nibelungenhort für bessere Zeiten nationaler Betätigung aufsparen. Diese Zeit scheint nahe herbeigekommen. . . .



Faust I. Teil (Walpurgisnacht):

General:
Wer mag auf Nationen trauen!
Man habe noch so viel für sie getan;
Denn bei dem Volk, wie bei den Frauen,
Steht immerfort die Jugend obenan.

Minister:
Jetzt ist man von dem Rechten allzuweit,
Ich lobe mir die guten Alten;
Denn freilich, da wir alles galten,
Da war die rechte goldne Zeit.

Der Kandidat von Hindenburg, dessen „parteilose“ und „überparteiliche“ Wählermassen den Rundfunk monopolistisch annektiert haben, brachte durch ein paar empörte Bemerkungen mit erhobener Stimme am Donnerstagsabend die überwiegende Mehrzahl seiner proletarischen Zuhörer zum Lachen. Das war der einzige Trost bei einer sonst trostlos militäristischen Rede, die wie ein Doublet der Wilhelmrede von 1914 klang: auch Hindenburg kennt ja keine Parteien mehr, er kennt nur noch Deutsche. . . . Wer an ihm und seinen Handlungen Kritik übt, der verletzt seine persönliche private Ehre. Merkwürdiger, immer noch nicht ausgestorbener altpreußischer Offiziers-Ehrenkodex, der jede Kritik an einer Institution oder Sache persönlich übernimmt. Erfrischend die Zurückweisung, er sei schwarzroter Kandidat; Otto Braun hat es nicht anders gewollt. Nur die Regie klappte nicht ganz; man hörte den Kandidaten der überparteilichen Klassenfront bei seinen Wutausbrüchen nicht einmal mit der Faust auf den Tisch schlagen und hielt deshalb das akustisch so nur halb vernehmliche Temperament nicht für ganz echt. . . .

Worauf der Berliner Rundfunk den ersten Teil „Faust“ übertrug. Auch hier wieder Regiemangel: die Hindenburg-Rede hätte sich dank Alfred Braun vorzüglich in die Walpurgisnacht einfügen lassen. Beweis dafür das obige Motto. Schade, daß es nicht geschah. Ein paar Worte zur Text- und Regiebearbeitung durch den braunen Rundfunkliebhaber. Es hieß, die Urfaust-Fassung sei benutzt worden. Nun ist uns aber nichts davon bekannt, daß der Urfaust . . . gekürzt worden ist. Auch eigenmächtige Szenenumstellungen der Regie soll Goethe nicht geliebt haben. Weshalb Alfred Braun aus der SPD ausgetreten ist, ist uns nach dieser, alle Erotika systematisch ausmerzen“ r, jeden starken mephistophelischen Ausdruck meidenden Lyzeusbearbeitung wirklich ein Rätsel. Insbesondere war die Kerkerzene am Schluß in unerträglicher Weise bearbeitet. Doch war die Uebersetzung, der wir mit großer Skepsis entgegensehen, recht ordentlich, die sprachlichen Leistungen, insbesondere Kayßlers als Faust und Paul Bildts als Mephisto, ausgezeichnet. Man hat viel gelernt bei mißglückten Hörspielen und anderen Uebersetzungen, denen ja notwendig die optische Wirkung der Bühne fehlen muß.

Am 22. März soll der 2. Faust folgen. Hier wird die Lösung der optischen Frage schon wesentlich schwieriger sein. Wir sind gespannt, wie man sich aus der Affäre ziehen wird. Nebenbei: den Prolog auf dem Theater hat man wohl mit Rücksicht auf die Kritik an den Rundfunketats weggelassen. Oder ist es Goethes Kritik an Bearbeitungen?

Lustige Personen:
„Gebt ihr ein Stück, so gebt es gleich in Stücken:
Solch' ein Ragout, es muß euch glücken“

Dichter:
Der sauberen Herren Puscherei
Ist, merk ich, schon bei euch
Maxime.“



Achtung!



JUNO
JUNO
immer wieder

JUNO,
die jeden
Kenner restlos
befriedigende
Cigarette 1/4.

6 Stück 20⁸

Das



sind Ihre Waffen!

Unsere Waffe ist die Arbeiterpresse!
Nimm einen Gutschein für den Pressefonds der SAZ!

Textilunternehmer werden frech

Die Textilunternehmer Badens haben zum 1. April die Tarife gekündigt und fordern einen achtprozentigen Lohnabbau. Dabei liegen die Löhne der 40 000 Textilarbeiter in Baden seit jeher auf einem unglaublichen Hungerniveau und sind durch starke Kurzarbeit weit unter das Existenzminimum gedrückt. Wochenlöhne von 12 bis 16 Mark sind häufig; viele Lohntüten enthalten noch weniger.

Die gewerkschaftlich sehr schlecht organisierten Textilproleten Badens haben es bitter nötig, zu erkennen, daß ihre Hungerlöhne politische Löhne sind.

Stellungnahme der SPD: starke Worte, Anrufung des Schlichters, Abwarten, Ruhe und Ordnung. (Da wundert sie sich, daß sie bei den Textilkollegen nichts zu melden hat!) Unkritisch utopischer Reformismus. RGO: schwache Sonderaktionen gelegentlich des Lohnabbaus vom Januar haben der Einheitsfront nichts genützt. Die christlichen Gewerkschaften: „Vertraut auf Brüning!“ Die Folge ist ein Indifferentismus unter den oberbadischen Textilarbeitern wie sonst nirgends im ganzen Reich.

Der SAP aber werden systematisch alle Flugblätter verboten, die politische Aufrufe enthalten....

Frankfurt a. M.

Jugendweife der Freidenker. Am Sonntag, 20. März, findet im Volksbildungsheim, vormittags, pünktlich 10 Uhr, die Jugendweife der Freidenker statt. Wie alljährlich, so wird auch die diesjährige Veranstaltung zu einer Feierstunde des Proletariats. Mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse aller Genossen haben wir den Preis auf 0,30 Mark festgesetzt. Wir erwarten, daß sich die Arbeiterschaft zahlreich an dieser Veranstaltung beteiligt. Es wirken mit: Der Tonkünstlerbund, der Volkschor Sängerkreis, sowie der Kinderchor des Volkschors Sängerkreis. Eintrittskarten bei den Funktionären und im neuen Gewerkschaftshaus.

Aus dem Hauptausschuß. In der letzten Sitzung des Hauptausschusses teilte der Kammerer mit, daß das Defizit voraussichtlich nicht 9 Millionen — wie es bisher hieß —, sondern 10 Millionen betrage. Die Ueberweisungen aus Reichs- und Staatssteuern seien stärker zurückgegangen, als man erwartet habe. Der Vertrag der Preussischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft — der die Stadt Frankfurt a. M. zur Abnahme einer steigenden Quote elektrischen Stromes verpflichtet, kann nach den Mitteilungen des Rechtsausschusses nicht gelöst werden. — Auf eine Beanstandung der Gas- und Lichtsperr für Erwerbslose erwiderte der Magistrat, die Erheber seien zur größten Rücksichtnahme angewiesen. Jedoch könne man bei Nichtzahlung nicht anders verfahren. Es wurde ein Antrag angenommen, daß bei geringfügigen Rückständen keine Sperre erfolgen solle. Ferner wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, die Kohlenfelder der Maingas-A.G. bei günstiger Gelegenheit abzustufen.

13 Millionen fällig. In einer Pressebesprechung teilte der neue Kammerer mit, daß die Stadt Frankfurt a. M. Ende März 13 Mill. Mark an Zinsen und Rückzahlungen abzuzahlen hat.

Ortskrankenkasse verweigert einem italienischen Minister den Zutritt. Wie die „Frankfurter Nachrichten“ wutentbrannt mitteilen, wollte dieser Tage der italienische Minister Lantini die Allgemeine Ortskrankenkasse besichtigen. Als der italienische Minister die Ortskrankenkasse betreten wollte, wurde ihm der Zutritt verweigert. Bravo!

Der Kampf um die Futterkrippe. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Rathausfraktion den freiwirtschaftlichen Posten des zweiten Bürgermeisters für sich beansprucht. Die „Volksstimme“ meint: „Gerade unsere Freunde wissen, welch ein verantwortungsvolles Amt in gegenwärtiger Zeit das Wohlfahrtsdezernat ist, und eben deswegen hat unsere Fraktion ihren Anspruch auf dessen Neubesetzung angemeldet. Es handelt sich für sie darum, an die Spitze dieses Amtes wieder einen Mann zu bringen, der schon seine politische Einstellung die Gewähr für soziales Handeln gibt!“ Man lasse sich einmal von den Wohlfahrtsverwaltern erzählen, was sie von der sozialen Einstellung des Fürsorgeamtes, dessen Dezernat bekanntlich der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Gräf war, halten.

Nazibanditen wollen Arbeiter überfallen. Am Tage der Thälmann-Kundgebung hatten sich hinter dem Flugplatz etwa 100 Nazibanditen versammelt. Als sie sahen, daß die Arbeiter die Uebermacht hatten, nahmen sie Reißaus. — Das demonstriert deutlich, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft sich zur gemeinsamen Abwehr zusammenschließt.

Waldkirch i. Br.

Der „gewisse Seydewitzanhänger“. Von der Versammlung der „Eisernen“ in Waldkirch berichtet die „Volkswacht“ u. a.: „Wenn es auch einige vorgezogen hatten, diese Kundgebung nicht zu besuchen, und wenn auch ein gewisser Seydewitzanhänger die Naturfreunde abzuhalten vermochte, an dieser Kundgebung teilzunehmen...“ — Diesmal geht es mit der Totschweigekampagne scheinbar nicht ganz. Die Naturfreunde kennen den Genossen Springweiler gut genug, um zu wissen, was von den „Argumenten“ der sozialen Demokraten zu halten ist. Diese „Argumente“ sind: Totschweigekampagne, bloß gelegentlich persönliche Verunglimpfung. Noch nie seit Bestehen der SAP hat die „Volkswacht“ auch nur ein sachliches Wort gegen uns gebracht. Es ist zu werten, daß von all den maßgeblichen

Wie sie hineinwachsen...

Dreger-Prozeß

H. F. Lübeck, 10. März 1932

Heute begann vor der großen Strafkammer der Prozeß gegen den Direktor und die Vorstandsmitglieder der Lübecker Ortskrankenkasse.

Gegen Ende 1930 beschäftigte der „Fall Dreger“ die ganze Bevölkerung, nicht am wenigsten die Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei, denn Alfred Dreger war Spitzenfunktionär dieser Partei. Senator Direktor Dreger ließ sich eine Villa bauen, und es stellte sich heraus, daß er sich dafür von der Ortskrankenkasse ein größeres Darlehen beschafft hatte. Dann kamen Dinge wie Aufwandsentschädigungen, Funktionszulagen, Ueberschreibung von Reisespesen usw. hinzu, Dinge, die niemals eigentlich klar wurden. Eines aber stand fest: es war allerlei faul bei der A. O. K.! Einige „Genossen“ hatten vergessen, daß die Arbeiterschaft ihnen ihr Vertrauen geschenkt hatte, um für die Sache der Arbeiterschaft zu kämpfen, sie hatten vielmehr den „Sozialismus“ für sich gelöst, sie waren hineingewachsen in die korrupte Sphäre bürgerlicher Geschäftsgebahren.

Die SPD-Arbeiter forderten damals reinen Tisch, ihnen ist niemals gesagt worden, was eigentlich war; sie werden es vermutlich nie reallos erfahren. Gerade unsere Genossen waren es damals, die mit ihrer ganzen Kraft um die Reinheit der Partei kämpften. Gefordert wurde der Ausschluß von Dreger, wie auch von den mitbeteiligten Gewerkschaftsfunktionären vom Hoff und Knapp. Die große Mehrheit der Lübecker Partei beschloß dementsprechend. Bezirks- und Reichsschiedsgericht brachen hingegen diesen gar nicht mißzuverstehenden Willen der Mitglieder. Sie beschloß: Dreger mußte von seinem Senatorenamt zurücktreten (Direktor der A. O. K. blieb er und ist es bis auf den Tag), Knapp und vom Hoff mußten ihre Bürgerschaftsmandate niederlegen. Allen dreien wurde auf die Dauer von drei Jahren das Recht abgesprochen, Parteifunktionen zu bekleiden. Die Parteibürokratie stellte sich schützend vor Dreger und Genossen. Aber schon die gemäßigte

SPD-Funktionären kein einziger auch nur einen Satz aus unserem Programm oder auch nur einen Aufruf des Parteivorstandes gelesen hat. Auch in unseren Versammlungen haben die Herrschaften vollzählig gekniffen. Nur hetzen, das können sie. Und mit welchen Argumenten! Genosse Springweiler, der „gewisse Seydewitzanhänger“, ist nach Ansicht dieser Leute radikal, weil es ihm „zu gut“ geht. (Er ist Angestellter.) Dem führenden Organisator in Freiburg wirft man vor, er sei undankbar: 1928 war er auf der Parteischule, und nun verlasse er die Partei trotz des vielen Geldes, das sie für ihn ausgeworfen hat. Man hat also gegen ihn keinen Vorwurf als den, daß er sich nicht hat korumpieren lassen. Gegen einen anderen Funktionär in Freiburg hat man kein anderes Argument als die antisemitische Dreckschleuder, und die wird ausgiebig betätigt. — Den „Genossen“, die der SPD sich dankbar erzeigen für erwiesene Wohltätigkeiten, scheint trotz der Totschweigeveruche reichlich unwohl vor der SAP zu sein. Mit Recht. Wir werden noch oft von uns reden machen!

Düsseldorf

Die Jugendfeier der weltlichen Schulen findet Sonntag, 20. März, 10 Uhr, im Planetarium statt. Einlaß 9½ Uhr. Alle proletarischen Organisationen werden gebeten, diese Stunden von Veranstaltungen frei zu halten, damit Eltern und Kinder gemeinsam an der Feier teilnehmen können, ohne Störung durch andere Verpflichtungen. Die zur Entlassung kommenden Kinder bekommen ein Buchgeschenk. Damit keines der Kinder zu kurz kommt, ist es nötig, daß Nachzügler sich sofort melden, damit die fehlenden Bücher sofort nachbestellt werden können. Die zu entlassenden und die am Programm mitwirkenden Kinder bekommen eine Freikarte. Einzeln gemeldete Kinder bekommen diese Karte vor der Feier an der Kasse. Alle Kräfte ans Werk, damit die Feier zu einem vollen Erfolg wird und zu einer Werbung für die weltliche Schule!

Bei der Werbung für die Einschulung zur weltlichen Schule wird von Eltern, die ihr Kind bereits zu einer konfessionellen Schule angemeldet haben, oft der Einwand erhoben, sie könnten davon nicht mehr zurück. Das ist ein Irrtum. Der früh gesetzte Termin zur Einschulung ist lediglich eine Verwaltungsmaßnahme, damit die Schulverwaltung ihre Aufgaben in Ruhe erledigen kann. Wer sein Kind in die weltliche Schule schicken will, kann dies auch jetzt noch bewirken. Geht zum Schulleiter der nächsten weltlichen Schule, und zwar für: Benrath-Holthausen: Geeststraße, Bilk: Friedenstraße, Derendorf: Blücherstraße, Eller: Jägerstraße, Flingern: Lindenstr. 103, Gerresheim: Ferdinand-Heyne-Straße und Unter den Eichen 11, Oberbilk: Heerstraße, Oberkassel-Heerd: Pestalozzistraße, Rath: Oberrather Str. 37, Unterrath: Ahornallee. Nach der Verfassung liegt das Recht, über die Erziehung ihrer Kinder zu entscheiden, bei den Eltern als den Erziehungsberechtigten. Nach der Verfassung ist es so, daß nur derjenige an religiösen Übungen teilnehmen braucht, der sich dazu meldet, und nicht umgekehrt, wie es heute entgegen den klaren Bestimmungen Brauch geworden ist. Eltern, macht von den wenigen Rechten, die Euch geblieben sind, Gebrauch! Eingeschult und umgeschult von der Kirchenschule nach der weltlichen Schule!

Maßregelung mußte uns zeigen, daß vieles faul gewesen ist.

Anderthalb Jahre hat die Staatsanwaltschaft gebraucht, um die gerichtliche Klärung der Affäre aufs Tapet zu bringen. Wir sind der Meinung, daß der Prozeß, der wohl eine Woche währen wird, und über dessen Ergebnis wir berichten werden, mit einem glatten Freispruch der Angeklagten enden wird. Sie haben ihre bürgerlichen Geschäfte vor einem bürgerlichen Gericht zurecht zu reden. Von diesem Standpunkt wird ihnen wohl kaum etwas zu machen sein (es wäre schon, aber das will man ja auch gar nicht!) Sie werden dennoch nicht rein sein. Wir haben schon damals vor der sozialdemokratischen Mitgliederversammlung gesagt: hier ist proletarischer Maßstab anzulegen. Und dann wird verurteilt werden müssen.

Vor dem Gericht Alfred Dreger, Hans vom Hoff, Emil Knapp und zehn weitere Vorstandsmitglieder, teils aus dem sozialdemokratischen, teils aus dem bürgerlichen Lager. Aber wer es nicht weiß, merkt es nicht. Und da liegt die Tragödie, die die Tragödie des sozialdemokratischen „Führertums“ ist. Sehen wir uns Alfred Dreger an: Arbeiterjunge, schwere Jugend, Schlosser, Spezialist für Gasmasken, Bürgerschaftsmitglied, Direktor der A. O. K. Er bekam als nebenamtlicher Senator ein gutes Gehalt, er bekam als Direktor ein ebenso gutes hinzu. Aber er wollte immer höher hinaus. Sein großes Siedlungshaus genügte ihm nicht, er wollte eine Villa bauen. Sein Aufstieg war ihm alles, seine Klasse nichts. Er hörte auf, Führer zu sein.

Wie recht haben wir, wenn wir fordern, daß die von der Arbeiterschaft in gehobene Positionen gebrachten Leute mit ihrem Gehalt in einem gesunden Verhältnis zum Arbeiterlohn bleiben.

Die Arbeiterschaft wird aus dem Dregerprozeß zu lernen haben, sie wird ihn als Symptom zu betrachten haben, als ein Zeichen der Verbürgerlichung, der Korruption der Sozialdemokratie.

Nazi-Horden durchziehen in Trupps von 100 und 200 Mann, mit schweren Knotenstöcken bewaffnet, die Arbeiterviertel, um dort ihre Flugblätter anzubringen. Hierbei kam es am Montag in Bilk zu einem Zusammenstoß mit kommunistischen Arbeitern, wobei der Arbeiter Peter Kreuz von den Nazis erschossen wurde. Trotz dieses Vorfalles können die Nazis noch weiter herumziehen, ohne daß die Polizei hiergegen etwas unternimmt. Am Mittwoch nachmittag machte wieder ein Trupp von 200 Nazis das Arbeiterviertel Oberbilk unsicher. Auch hier blieben Zusammenstöße nicht aus. Es zeigt sich, daß die Polizei wohl recht brutal gegen die Arbeiter vorgeht, aber die Nazis fürsorglich behandelt. Wenn noch weiteres Arbeiterblut fließt, ist dies nicht zuletzt auf die Passivität der Polizei den Nazis gegenüber zurückzuführen.

Duisburg

„Festung Preußen vor dem Sturm“ — „Die Welt gehört uns — trotz alledem“ — „Die Partei, die keinen Stillstand kennt“ usw. Solche und ähnliche Schlagworte mußten bei der SPD-Unterbezirkskonferenz erhalten. Man will den Proleten mit aller Gewalt plausibel machen, daß man die „demokratische“ Festung Preußen halten müsse. Welchen Eindruck mögen die Mitglieder der „Eisernen“, welche von den Schildhaltern der „Festung“ Preußen totgeführt wurden, bekommen haben? Ob es jetzt, trotz der scharfen Peitschenschläge des „Abgeordneten“ Ernst Müller, bei den Reichsbannerleuten noch nicht dämmert? Dieser Streich beweist klassisch, daß die Stützen der SPD und Vertreter der „Festung“ Preußen den Faschismus nicht hindern, sondern fördern! Auch die Unterbezirkskonferenz gab reizende Schlaglichter. So hat Huschke, der auf Leibzeit „gewählte“ Parteisekretär, endlich die Binsenwahrheit kapiert, daß die Lebenslage des einzelnen seine ideologische Einstellung bedingt. Immerhin konnte Ernst Müller feststellen, daß die SPD in die „altpreussische Beamtenkamarilla“ eingedrungen sei. 4 Oberpräsidenten, 8 Regierungspräsidenten und 23 Polizeipräsidenten seien SPD-Genossen. Er klagt nur darüber, daß diese leider ihre Mitarbeiter nicht aus den Kreisen der SPDD nehmen, und daß das Zentrum es besser mache.

Dortmund-Marten

Eiserner Front-Rummel. Die Versammlungsteilnehmer wurden aus ganz Deutschland zusammengezogen. „Bergarbeiterführer“ Husemann erklärte in wenigen Worten die Zusammensetzung der Eisernen Front, und zwar besteht sie aus Reichsbanner, SPD, allen Gewerkschaften und allen Arbeiter-Sportorganisationen. Wir mußten im übrigen erfahren, daß wir abermals, wie in der Seeger-Versammlung, in einen „Mutterschutz- und Sexualvortrag“ hineingeraten waren. Husemann kompromittierte sich mit folgenden Worten: „Es liegt in der Tradition der SPD, daß sie nicht, wie vor sieben Jahren, gegen Hindenburg kämpft, sondern daß sie ihn heute erobern will. Wir haben schon 1918 unsere Stimme dem Zentrum gegeben, um unsere Gegner zu schlagen. Wir tranken die sozialistische Muttermilch und sind immer die alte SPD geblieben.“ Den Diskussionsrednern gab man 15 Minuten Redezeit. Unsere Genossin Marie Dauer, welche zuerst das

Wort bekam, wurde dabei noch um 8 Minuten bestohlen. Den kommunistischen Redner ließ man über die Zeit sprechen, und zwar 25 Minuten. Unsere Genossin Dauer, welche in der kurzen Redezeit der „Eisernen“ manches treffende Wort sagte, wurde vom Versammlungsleiter in dem Augenblick am Weiterreden gehindert, als sie ausführte: „Ihr habt bis heute nur Brüning und Groener, das kleinere Uebel toleriert, nach dem 13. März bzw. 10. April werdet ihr Hitler, das größere Uebel, tolerieren.“ Wir werden die Fortsetzung der Husmann-Versammlung am 23. März in demselben Kortmannschen Saale steigen lassen, in welcher Marie Dauer dem Proletariat erzählen wird, was sie in den zwölf Minuten Redezeit diesmal nicht zu sagen vermochte. — Trotz allem Geschrei der „Eisernen“ wählen die Martener Proleten am 13. März geschlossen den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Hörde

Die Hörder Arbeiterschaft hat 3400 organisierte Genossen im DMV. Die KPD hat bis auf ein halbes Dutzend Genossen alles aus dem DMV herausgezogen zur Stärkung der RGO. Vor einiger Zeit wurde eine Fraktion gebildet, bestehend aus KP-, KPO- und SAP-Genossen. Diese Fraktion arbeitete reibungslos zusammen und ließ für die Zukunft größere Erfolge erhoffen. In der letzten Fraktionsitzung verlangte die Parteibürokratie ganz kategorisch: „Die weitere Teilnahme der KPD an der Fraktionsarbeit ist abhängig von der Zustimmung seitens der KPO- und SAP-Genossen zu folgenden Forderungen: erstens restlose Anerkennung der RGO, zweitens, die Fraktionsleitung wird gestellt von der KPD, drittens, die KPD überwacht die Fraktion.“ Die KPD-Bürokratie wußte im voraus, daß diese Forderungen nicht anerkannt werden können, aber man wollte die SAP und KPO ausschalten, die scharfe Kritik würde ihnen unbehaglich und gefährlich. Einmütig lehnten die SAP- und KPO-Genossen diese unsinnigen Forderungen ab, brandmarkten sie als unmarxistisch und erklärten, daß sie bereit seien im revolutionären Sinne weiter mitzuarbeiten; die von Lenin aufgezeigte Taktik soll richtunggebend und wegweisend sein für weiteres Zusammenarbeiten. Alles Zureden half nichts, die KPD spaltete, d. h. sie erklärte ihren Austritt aus der Fraktion. KPO und SAP warnten vor diesem Schritt, der Kampf gegen Reformismus verlange Zusammenfassung aller Kräfte. Vergebens, die sechs KPD-Genossen wünschten eine eigene Fraktion unter ihrer Leitung. Die SAP- und KPO-Genossen werden mit doppelter Energie die notwendige Fraktionsarbeit im DMV fortsetzen und zeigen, wie man kommunistisch in den Gewerkschaften arbeitet.

Lübeck

Anfänge der Einheitsfront. Im Vorort Moisling ist es gelungen, ein antifaschistisches Kartell zu bilden. Im vorbereiteten Aufschuß sitzen zwei SAP-, zwei KPD-Genossen und ein parteiloser Arbeiter. In der nächsten Woche wird der Ausschuß mit einer gemeinsamen Versammlung vor die Arbeiteröffentlichkeit treten. In Lübeck selbst ist bis jetzt leider jede gemeinsame Aktion an der Engstirnigkeit der KPD-Bürokratie gescheitert. Wenn nun trotzdem von den Vororten her die Einheitsfront entsteht, so ist das um so erfreulicher. Das Moislinger Beispiel zeigt aber auch, daß die Möglichkeiten zur Errichtung der Einheitsfront wachsen im Verhältnis zur Stärke und Aktivität unserer eigenen Organisation, denn in Moisling haben wir eine sehr gute Parteigruppe.

Stralsund

Rund um die Reichspräsidentenwahl. Man ist auch hier sehr um die Wiederwahl Hindenburgs besorgt. Aber die bisherigen „Glanzleistungen“ der Soldaten des Generalfeldmarschalls konnten nicht allzu viel Wähler überzeugen. Die „Hintzmann-Kundgebung“ hatte mit aller Mühe 60 Teilnehmer auf die Beine gebracht, und da dies natürlich nichts war, trat die „Eiserne Front“ für Hindenburg in Aktion. Da das Demonstrationsverbot aufgehoben war, wurde eine Wanderung durch die Straßen der Stadt unternommen. Aber hierbei offenbarte sich die ganze Pleite erst richtig. Alle Organisationen, die heute noch unter dem Einfluß der SPD stehen, hatten aufgerufen. Wir erinnern uns, daß der Kartellvorsitzende des ADGB, Thesenwitz, mit dem Brustton vollster Ueberzeugung erklärte: „3000 freie Gewerkschaftler stehen hinter der „Eisernen Front“! Wo waren denn nun diese 3000 Arbeiter? Es waren nicht der vierte Teil erschienen. Außerdem hatten sich noch Anhänger eingefunden, die in diese Organisation nicht hineingehören. Wann nicht die Jugend-, Frauen- und Sportverbände den Zug verlängert hätten, wäre die Pleite noch größer geworden. Auch das umliegende Landgebiet hatte sich beteiligt. Die Begeisterung für Hindenburg scheint also doch nicht allzu groß zu sein. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wählt nur den Arbeiterkandidaten Thälmann.

Klassenjustiz. Bei der Nazikundgebung kam es zu Störungen. Die Polizei verhaftete den KPD-Genossen Ewald Schröder von hier. Unterwegs warf er eine Stahlspitze fort, die von einem Gartenzaun stammen soll. Schröder wurde von dem Schnellrichter zu der harten Strafe von vier Monaten Gefängnis verurteilt. In den letzten Nächten haben sich die Nazis immer wieder als Schmierkolonnen betätigt. Die Plakate der Gegner werden restlos beseitigt. Es gelang in der letzten Nacht, diese Helden durch die Polizei zu schnappen. Hierbei zeigte sich, daß diese Helden bewaffnet sind. Dem Maurer Bruno Wegner konnte eine Pistole mit neun Schuß Munition abgenommen werden. Welche Strafe wird der Richter in diesem Falle zur Abschreckung anwenden? Wir glauben „Nochwehr“ und dann Freispruch!

Franzburg

Die Arbeitslosenzahl steigt weiter. In der letzten Stichwoche waren auf der hiesigen Arbeitsamtbestenliste 532 männliche und 46 weibliche Arbeitsuchende, insgesamt 578 Arbeitsuchende (im Vorjahre 456) vorhanden. Hiervon bezogen 449 Erwerbslosen- und 32 Krisenunterstützung, zusammen waren es 481 Hauptunterstützungsempfänger. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist wiederum seit der letzten Stichwoche um 60 Personen gestiegen.

Demmin

Als Wahlpropaganda für Hindenburg erschien hier heute ein rotes Flugzeug des „Sturmvolgel“-Flugverbandes der Werktätigen aus Berlin. Das sozialdemokratische Organ „Der Vorpommern“ sagt dazu: „Weiß leuchteten die am Rumpf gezeichneten Buchstaben „Hindenburg“ als mahndendes Menetekel, für Deutschlands Ehre einzutreten.“

Magdeburg

„Wer Hindenburg nicht wählt, wählt nur aus Verärgerung Thälmann. Das darf nicht sein. Die Partei verlangt Disziplin vor dem Feinde, und wer fahnenflüchtig wird, den werden wir als Aussatz der Arbeiterbewegung behandeln.“ So schreibt der „große“ Willi Karbaum in der „Volksstimme“. Genosse Karbaum, was willst du mit denjenigen machen, die aus der „Reihe“ tanzen? Du willst schon wieder den „Angeber“ machen? Wir kennen den „leichten Druck“ der „Bürokratie“, der auf andersdenkende Klassen-genossen ausgeübt wird. Doch du kennst ja keine Not und weißt nicht, wo den Proleten der Schuh drückt. Du wirst für deine Politik bezahlt. Die Arbeiter haben ihr eigenes Urteil über die Politik der SPD-Bürokraten. Dieses Urteil erfährt du am Sonntag. Die Wahl ist doch wohl geheim, lieber Karbaum!?

Dessau

Der Schnellrichter hatte Arbeit. Die Nazi-Schläger, die am Sonntag einen einzelnen Reichsbannermann überfallen und übel zugerichtet hatten, standen am Mittwoch vor dem Schnellrichter. Sie kamen immer noch milde davon. Der Hauptschläger Fangelmann erhielt zwei Monate, die beiden anderen je ein Monat. Ueber ihre Haftentlassung war das Gericht noch nicht schlüssig. Vielleicht bekommen sie noch Gelegenheit, ihre Tätigkeit fortsetzen zu können.

Konsum-Verein und Eiserne Front. Wie wir erfahren, hat die Geschäftsleitung des Konsumvereins beschlossen, der Eisernen Front nicht ihren Autopark für auswärtige Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Der Beschluß soll aus Rücksicht auf die „Nazi-Mitglieder“ gefaßt sein.

Dresden

Unsere Jahreshauptversammlung hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Zunächst erstattete Genosse Liebermann den Tätigkeitsbericht; im Rahmen der Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze schilderte er die beachtliche Aktivität unserer Ortsgruppe. Genosse Hösel berichtete über die Mitgliederbewegung und über die Kassenlage; gegen wenige Stimmen wurde eine Erhöhung der Beiträge zur Sanierung unserer finanziellen Verhältnisse beschlossen. Ein vom Genossen Liebermann begründetes Ortsstatut wurde nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen. Dann behandelte Genosse Fabian in einem Referat die Aufgaben des Parteitages; seine Ausführungen wurden durch eine längere Diskussionsrede des Genossen Melcher, der zugleich im Namen der nun zu uns übergetretenen KPO-Minderheit sprach, wertvoll ergänzt. Wir freuen uns besonders, daß wir durch diesen Übertritt auch in Dresden eine ganze Reihe erprobter proletarischer Kämpfer gewonnen haben. In den geschäftsführenden Arbeitsausschuß wurden gewählt: die Genossen Liebermann, Grosse, Arnold, Hösel (Kassierer) und die Genossinnen Läufer und Susel Wagner. Dieser geschäftsführende Arbeitsausschuß wird noch durch die Vertreter des SSB, der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit, der Erwerbslosenarbeit, der Bildungsarbeit und des SJV ergänzt. Zu Revisoren wurden die Genossen Plitt und Stopper gewählt. Ueber die Vorschläge zur Unterbezirksleitung wurde Stimmentzettelwahl herbeigeführt, da vier Vorschläge gemacht wurden, während der Ortsgruppe nur drei zustehen werden; mit übergroßer Mehrheit brachte die Ortsgruppe die Genossen Liebermann, Fabian und Melcher in Vorschlag. Mit einem Appell zu stärkster Aktivität fand die gut verlaufene Versammlung nach dreistündiger Dauer ihren Abschluß.

Zweimal: „Endlose Straße“. Im Dresdner Schauspielhaus wurde das Frontstück „Die endlose Straße“ von Graff und Hintze erstaufergeführt. Der Kritiker der „Dresdner Nachrichten“, der sogenannten alten Tante, schrieb u. a.: „Die beiden Verfasser haben einen Ausschnitt des unübersehbaren Kriegsgeschehens gewählt, der die Abbröckelung des Frontgeistes 1917 an dem Beispiel einer einzelnen Kompanie vor Augen führt.“ Mit diesem Satz waren nun einige Leute vom Stahlhelm nicht einverstanden, und wutentbrannt bestellten ihrer etwa 100 die Zeitung ab. Daraufhin setzte sich der Kritiker schleunigst in ein Auto, besuchte jeden der beleidigten Abonnenten, gab gute Worte und versprach Besserung. Ob diese Besuche sogleich Erfolg hatten, ist uns nicht zur Kenntnis gekommen. Wir wissen nur, daß einer der Besuchten erstaunt fragte: „Was wollen Sie denn eigentlich? Ich habe die Zeitung nur abbestellt, weil ich nach Berlin ziehe.“ In den nächsten Tagen erschien eine zweite Kritik. Darin heißt es: „Diese Kompanie ist eine einzelne aus Tausenden, ein winziges Stück aus dem eisernen Ring um Deutschland, aber sie ist die deutsche Front.“

SPD ruft die verlorenen Schäflein

Von dem Bezirkssekretariat der SPD-Ostachsen sind den ausgetretenen Mitgliedern, die zur SAP gingen, fünfseitige Briefe zugegangen, um sie für die SPD zurückzugewinnen. Wir entsinnen uns doch richtig? Beim Austritt hieß es, die ewigen Nörgler und Besserwisser sind von uns gegangen; nun kann wieder positiv gearbeitet werden. Uns scheint, mit der Aufforderung, in die SPD zurückzukehren, wird dieses Urteil revidiert. Wir stellen dies in der Öffentlichkeit mit Genugtuung fest. In dem fünfseitigen Briefe heißt es, daß auch viele SAP-Mitglieder sich in die Eisernen Bücher eingetragen hätten und sich damit praktisch in der Hindenburg-Front befänden. Solche allgemeine Behauptungen ohne jede Beweisanzeige wirken nicht überzeugend. Will man uns nicht die Namen dieser „vielen SAP-Mitglieder“ nennen? Aber da würde man wohl arg in Verlegenheit kommen! Wer sich bereits im Oktober zur SAP offen bekannte, wird nach der Stellungnahme der SPD bei der Reichspräsidentenwahl den schlüssigen Beweis für die Richtigkeit seines Austritts aus der Hindenburg-Partei erbracht sehen. Die aufgewandten Kosten und Mühen des langen

Das Miterleben dieser Kompanie ist es, was die Frontsoldaten fortreibt. Die Erinnerung bricht auf. Wir erkennen uns selbst und unsere Taten. Nichts stört uns, nicht einmal ein falscher Zungenschlag. Wir fühlen uns verstanden und das befriedigt. Die Kinder, sie hören es gerne; wir aber lesen zwischen den Zeilen diese Worte: „Liebe „Frontkämpfer“, verzeiht mir meine Entgleisung vor drei Tagen. Ihr seht, ich kann auch anders, wenn Ihr es verlangt. Stets gern zu Euren Diensten Eure alte Tante.“

Coswig

Für den roten Präsidentschaftskandidaten marschierten wir gemeinsam mit den Kommunisten durch die Orte Coswig und Kötzitz. Der Gedanke der roten Einheitsfront bricht sich auch in unseren Orten Bahn. Dafür zu sorgen, daß diese Front verbreitert wird durch uns noch Fernstehende, muß unsere nächste Aufgabe sein.

Nünchritz

In unserer Mitgliederversammlung wurde mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß als vorläufiges Ergebnis der Seydewitz-Versammlung 16 Neuaufnahmen zu buchen sind. Weitere Anmeldungen stehen noch aus. An der folgenden Wahl für den Reichsparteitag beteiligten sich 44 Genossen. Beschlossen wurde, eine eigene Maidkundgebung zu veranstalten, da die SPD eine Aufforderung zu einer gemeinsamen Veranstaltung in ihrer überheblichen Art unbeantwortet gelassen hat. Die Stellungnahme der Partei im Reichstag und zur Präsidentschaftswahl wurde in längerer Aussprache gebilligt. Heiterkeit erregte ein Stoß von Bettelbriefen der Eisernen-Front-Leitung Dresden um Wiederertritt der früher der SPD angehörenden Genossen in diese Partei. Das sind dieselben Methoden, die die Kirche gegenüber ihren ausgetretenen Mitgliedern anwendet. Man will ja auch die in kirchlichen Kreisen üblichen Hausbesuche bei den früheren SPD-Genossen machen. Man muß uns doch recht schmerzlich vermissen! Nur paßt zu dieser Sorge um unser politisches Wohlergehen gar nicht der rein persönliche, schmutzige Kampf mit Lüge und Verleumdung gegen einzelne unserer Genossen, bei dem sich vor allem aufgehetzte Jungbannergenossen aus Nünchritz und auch Leckwitz besonders auszeichnen. Unsere nächste Mitgliederversammlung soll, je nach der politischen Lage, am 31. März oder 7. April stattfinden.

Löbau

Die SPD will schlafen gehen. Die SPD hat in ihrer Versammlung ein Schauspiel ihres eigenen Niedergangs veranstaltet. Ohne nach dem Referat der Genossin Sender die Aussprache freizugeben, schloß der Versammlungsleiter, Redakteur Richter, nach einigen ausfalligen Bemerkungen gegen die SAP die Versammlung. Und als die Hälfte der Versammlungsbesucher empört die Aussprache forderte, drohte er mit dem Hausrecht. Noch nie ist es üblich gewesen, daß Arbeiterversammlungen ohne Aussprache abgehalten werden. Es war niemals nötig, die Methode der Nazis anzuwenden, weil man den Gegner nicht zu fürchten brauchte. Jetzt erschleicht man sich den Besuch vieler Genossinnen und Genossen, die in der Absicht gekommen sind, sachlich über die politischen Dinge zu sprechen, und verweigert die Aussprache. Warum besucht die SPD nicht die Versammlungen der SAP? Bei der Kleinst- Versammlung entschuldigte sie sich mit zu geringer Redezeit. Und obwohl wir diese erhöhten, blieb sie der Rosenfeld-Versammlung fern. Warum gewährt sie nun in ihren eigenen Versammlungen keine Debatte mehr? Weil sie fürchtet, ihre Anhänger könnten erkennen, wie falsch sie geführt werden. Wie morsch muß die Grundlage für die Eisernen Front sein, wie fadenscheinig die Gründe, die die SPD für Hindenburg eintreten läßt. Soweit ist also die SPD gesunken, daß sie den scharfen Wind öffentlicher Diskussion nicht mehr verträgt. Es ist Schwindel, wenn die „Volkszeitung“ in ihrem Berichte schreibt, daß es eine Kundgebung und keine Versammlung war. Tagelang hat die „Volkszeitung“ zu der „öffentlichen Versammlung“ eingeladen. In dem Berichte heißt es auch: Die Versammlungsleitung „war erst recht nicht geneigt, die Versammlung in einem allgemeinen Krach ausgehen zu lassen, wie das nach zuverlässigen Mitteilungen von den Sapisten und

Schreibens werden deshalb erfolglos bleiben müssen. Für uns hat die Frage: Parteidisziplin oder sozialistische Überzeugung? gestanden, wir haben uns für unsere sozialistische Überzeugung entschieden und haben keinen Anlaß, dies zu bereuen oder gar durch unseren Wiedereintritt in die SPD zu revidieren.

„Zu rücksichtslosem Eingreifen bereit“

Um den Besorgnissen gewisser Bevölkerungskreise wegen zu befürchtender Ruhestörungen am Sonnabend und Sonntag entgegenzuwirken, teilte die sächsische Regierung mit, es seien alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung getroffen. Die Polizei habe den Auftrag erhalten, jeden Störungsversuch mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln rücksichtslos zu unterdrücken. Das „friedliebende Publikum“ wird ermahnt, sich von allen Zusammenrottungen fernzuhalten, damit die Polizei ihre Aktionen „ungestört“ durchführen könne.

Kommunisten geplant war“. Das ist eine glatte Verleumdung. Wir denken, die vollkommene Ruhe während des Referats der Genossin Sender dürfte dem Redakteur Richter gar nicht den Mut zu einer solchen Verunglimpfung geben. Aber sie brauchen einen Grund für ihre feige Handlungsweise, daher verleumdet man die andern. Die SPD muß ihre Mitglieder doch für völlig blöd halten, zu keinem eigenen Denken mehr fähig. Am Schluß des Berichtes heißt es nämlich: „Selbstverständlich ist unsere Partei zu einer fruchtbaren Debatte über politische Tagesfragen jederzeit bereit, sie lehnt es aber ab, sich in den eigenen Versammlungen dauernd beschimpfen zu lassen. Wir stellen die Preisfrage: Wo debattiert die SPD, wenn sie gegnerische Versammlungen nicht beachtet und in ihren eigenen keine Aussprache gewährt? Die SPD will schlafen gehen. Tuen wir ihr den Gefallen und lassen sie friedlich ruhen.“

Chemnitz

In einer von nur 600 Jugendlichen beschickten Versammlung der Jugendverbände der eisernen Front, die über mehrere Tausend Mitglieder verfügen, sprach am Dienstag im Volkshaus der Reichstagsabgeordnete Friedrich Weimar. Er fühlte sich nicht ganz wohl bei der Aufgabe, seinen Hörern die Wahl Hindenburgs schmackhaft zu machen. Man hat sehr große Angst, daß, wenn man Diskutierfreiheit gegeben hätte, viele Jungarbeiter erkannt hätten, daß sie von der Eisernen Front auf die andere Seite der Barrikade geführt werden. Deshalb gewährt man nur den Faschisten Redefreiheit, während man uns das Wort nicht erteilt.

Planitz

Ein Zigarettenetui ist zum Bezirksparteitag im Volkshaus liegen geblieben. Der Verlustträger wolle sich an die Volkshausleitung wenden.

Eine ausgesprochene Nazi-Zeltung ist das Planitzer Blättchen, welches jeden Tag für Hitler freiwillig Reklame macht. Arbeiter, schmeißt dieses Blatt aus dem Hause und lest die „SAZ!“

Wilkau

Bereitschaftsdienst der Arbeiter-Samariter am Wahlsonntag. Die Arbeiter-Samariterkolonne Wilkau hat für morgen, während der Wahlzeit, im Bandszimmer des Rathauses, Eingang Poststraße, einen Bereitschaftsdienst eingerichtet. Außerdem werden von der Kolonne Transporte nicht gefähiger Wähler durchgeführt. Bei Bedarf wende man sich an oben bezeichnete Stelle.

Schneeberg

Nazis stempeln unter polizeilichem Schutz. Unter dem Gelächter der klassenbewußten Erwerbslosen ging am Dienstag ein Trupp Nazis in Begleitung der Polizei stempeln. Die Schneeberger Arbeiterschaft hat zu einer

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin. Anträge zum Reichsparteitag müssen bis spätestens Mittwoch, 16. März, in unserem Besitz sein. Später einlaufende können nicht berücksichtigt werden. — Dasselbe gilt für die Anforderung von Gastkarten.
Ortsgruppe Kreuzberg. Sonnabend, 20. März, bei Look, Schöneleinstr. 6 (Pflichtveranstaltung).
Ortsgruppe Schönberg-Friedenau. Sonntag, 13. März, 8 Uhr, zur Wahlarbeit im bekannten Lokal.
Ortsgruppe Neukölln. Sonntag, 13. März, 9 Uhr, bei Balke, Puldastr., Ecke Weststr. Alle Genossen erscheinen.
Ortsgruppe Treptow. Montag, 14. März, 20 Uhr, kombinierte Funktionärssitzung im Lokal Günther, Gürtelstr., Ecke Dossstr.
Ortsgruppe Lichtenberg. Montag, 14. März, 20 Uhr, Funktionärssitzung bei Günther, Gürtelstr., Ecke Dossstr.

SJV

Mitteilungen der BL

Gruppenblatte und EBL: Sonnabend, 12. März, Jugendheim, Prenzlauer Allee 34, pünktlich, 19 Uhr. Gruppe nobleu tekonferenz. Jede Gruppe entsendet zwei Delegierte. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.
Referatenschule. Montag, 14. März, unsere Stellung zu Sowjetrußland.
Arbeitslosenrat Groß-Berlin. Mittwoch, 16. März, „Programmdiskussion“.
Unterbezirk Tempelhof. 20 Uhr. UB-Mitgliederversammlung, Heim Tempelhof.
Spandau. Arbeitsgemeinschaft.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11. März, Pappelallee 15, musikalische Mittagsmusik: Gottes und die Musik Gäste willkommen. *

SAP Prenzlitz. 15. März, Mitgliederversammlung Die Gen. Fischer und Maschkat sprechen über die Programmurteile. Evtl. Anträge zum Parteitag.
SAP Düsedorf, Distrikt Oberbill. Mittwoch, 16. März, 20 Uhr, bei Bölling, Ellerstr., Distriktversammlungs-Gen. Kerling berichtet vom Bezirksparteitag.
SAP Rödühelm. Samstag, 14.30 Uhr, alle Wahlhelfer bei Zeimigerverkaufen. — Sonntag, 16. März, Mitgliederversammlung bei Gülich, Westerbachstraße.
SJV Rödühelm. Freitag, 18. März, Werbeveranstaltung im Saal bei Lauter, Assenheimer Str. Zur Aufführung gelangt „Kai aus der Kiste“. Wir rechnen auf geschlossene Beteiligung der anderen Bezirke. Eintritt 10 und 20 Pfg. 16 Uhr dieselbe Veranstaltung von den Kinderfreunden des SJV.
SAP Dresden-West. Montag, 14. März, 19.45 Uhr, Mitgliederversammlung im Luftbad Cotta. Gen. Hammer: „Der Fünftahplan“.
SJV Leipzig. Sonnabend, 12. März, 16 Uhr, Stephanplatz zur Märzkundgebung. — Sonntag, 13. März, 8 Uhr, im Heim, Schnefelderstr. 19, zur Wahlarbeit. Betätigung ist Pflicht.
SJV Groß-Chemnitz. Mittwoch, 18. März, Stellen am Zollnerplatz zur Demon. gegen die Glose. Dort Versammlung im Bechtelheim. Es spricht Erich Tittel, Dresden, über: „Eiserne Hindenburgfront oder proletarische Einheitsfront?“
SJV Hartau. Treffen Mittwoch, 16.30 Uhr, an der roten Kurve zur Versammlung in Gößa.
VSAK U-B. Zwickau. Montag, wichtige Helferaussprache. 20 Uhr, Jugendherberge Zwickau. Wilkau, Bokwa und Friedrichsgrün müssen auch einen Helfer senden.
SAP Planitz. Sonntag, 12.30 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung. Referent: Dr. H. Schaller, Leipzig.
SAP Reichsbanner l. V. Montag, 14. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Börse“. (Fahrt nach Plauen zum Reichsparteitag usw.)

solchen Polizei den letzten Rest Vertrauen verloren.

Die Einheitsfrontkundgebung für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann gegen die Kandidaten der Bourgeoisie: Hitler, Hindenburg und Co., Sonnabend, 12. März, 20 Uhr, in „Stadt Leipzig“ muß zu einer Massenversammlung werden, wie Schneeberg sie noch nicht erlebt hat. Werbt und mobilisiert alle Proletarier.

Mühltröff

Schwindelmanöver der KPD. Es muß schlimm stehen um eine Partei, wenn sie die Arbeiterschaft beschwindeln muß, nur, um einen vollen Saal zu bekommen. Auf den Handzetteln zu einer KPD-Versammlung war zu lesen: „In der Diskussion spricht ein Genosse der SAP.“ Daran ist kein wahres Wort. Wir lassen uns nicht als Werkzeug für die kommunistischen Parteiziele benutzen. Unsere Propaganda zur Präsidentschaftswahl gilt auch nicht dem KPD-Vorsitzenden Thälmann, sondern dem revolutionären Arbeiterkandidaten!

Gottesberg l. Vgtld.

Öffentliche SAP-Versammlung. Die für Dienstag von der SAP einberufene Wählerversammlung war ein voller Erfolg. Trotz Schneegestöbers waren rund 180 Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen. Genosse Otto Seidel, Zwickau, sprach über die Präsidentschaftswahl. In seinen Ausführungen zeigte er auf, daß das Proletariat nur für den Arbeiterkandidaten stimmen könne.

Aus der Mark

Brandenburgischer Provinziallandtag

Zum erstmalig seit seinem Bestehen ist der Brandenburgische Provinziallandtag auseinandergegangen, ohne seine Aufgabe erledigt zu haben. Nach fast zweiwöchiger Etatberatung ist am Donnerstag der Etat in der Schlußabstimmung gegen die Stimmen der SPD endgültig abgelehnt worden. Er wird nun ohne Rücksicht auf die Beschlüsse des Provinziallandtages von einem von Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg einzusetzenden Staatskommissar zwangsweise festgesetzt werden, da in der deutschen Republik die Staatsgewalt ja bekanntlich vom Volke ausgeht. Als Grundlage dürfte der Vorschlag des Landesdirektors dienen. Von den Verbesserungsvorschlägen dürfte kaum einer verwirklicht werden.

Bohrberg

Messerstecherei zwischen Brüdern. Von den Brüdern Partke gehörte einer der Nazipartei an, der andere war Kommunist. Im Laufe eines politischen Streites zog der eine das Messer und verletzte den Bruder lebens-

gefährlich. Der Täter wurde verhaftet, der Verletzte liegt in bedenklichem Zustande im Krankenhaus.

Prenzlitz

Es geht ums Ganze. Die Kulturgemeinschaft hatte in Gemeinschaft mit dem Bund entschiedener Schulreformer unter Leitung des Genossen Meschkat einen Vortrag und Debatteabend bei Leitaig mit Paul Oestreich-Berlin als Redner veranstaltet. Oestreich ist der Vorsitzende des Bundes entschiedener Schulreformer. Ein unbestechlicher und überzeugter Sozialist geht mit großem Wissen und mit dem Willen zur Wahrheit an die Probleme der Zeit heran. Einen ungeheuren Eindruck hinterließen seine Ausführungen bei den Hörern. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Im Mittelpunkt des Referats stand das Problem der Technik, Rationalisierung, Nationalsozialismus, Verbannung und Kapitalismus wurden treffend, ohne betonte Schärfe zwar, aber vernichtend charakterisiert. Diese Veranstaltung war unsern Genossen eine Stunde der Sammlung und Stärkung für den Kampf um den Sozialismus.

Sportschau der SAZ

Berlin-Brandenburg

Mitten in der Fußball-Serie

Beginn im 3. Bezirk

Am kommenden Sonntag beginnen auch im 3. Bezirk die Spieltage. Die erste Klasse wird nunmehr drei Aufstiegsplätze anbieten auf: Berlin, Havel, Elbe. In der 2. Klasse steht durch die Beginn der Serie im wichtigen Spiel am Obersee (1. BSV) 1. Die BSV haben im vergangenen Sonntag wieder alles Erreichte mit 2:1 geschlagen und wurden den Leuten von der Obersee, die über Storkow nur knapp und mit viel Glück 2:1 siegen konnten, eine schwere Aufgabe gestellt. In der 3. Klasse tritt die hiesige Kreisgemeinschaft Fichte-Köpenick auf die Meisterschaft der alten Bezirksklasse Normania. Das Spiel ist durchaus offen.

Wir geben folgende Übersicht über die Sonntags-Spiele:

- 1. Klasse -- Seelenfische.**
 1. Mannschaft: 1908er-Wüsternausen-Flüchtersdorf (Riese, Ost), Storkow-Fr. Stunde (Wilde, Sudost), Oberspre-BSV, 31 (Schneemann, L. D., ASV, Neukölln-Minerva (Naxel, Normania)
- 2. Mannschaft.** Dolgerbr. 1-Alt-Stahnsdorf 1 (Schmidt, Stork), Storkow-Prohe Stunde (Wilde, Sudost, Oberspre-BSV, 31 (Eiche), ASV, Neukölln-Minerva (Wacker, 30)
- Abtlg. B. -- 1. Mannschaften.** Lichtenb. 1-Wacker 30 (Wacker), Lichtenb. 1-Kagel (Wacker, Neukölln), ASV, Südost-Hetzfelde (Hende, Minerva), Wersee (Hoppkorten, Merlau, Eiche), Eiche-Köpenick-Normania (Schmidt, Oberspre)
- 2. Mannschaften.** Lichtenberg 1-Wacker 30 (Minerva), Lichtenberg II-ZDA, 1 (ASV, Neukölln), ASV, Südost-Hetzfelde (Britz, 33), Wersee-Eiche-Brandenburg (Hoppkorten), Eiche-Köpenick-Normania (Fr. Stunde)
- Pflichtspiele.** Kolln, Heide 1-Eiche-Köpenick (Britz, L. D.), Kolln, Heide 2-Normania 3 (Britz, 33), Lichtenb. 1-Hetzfelde 3 (Lichtenberg 1)
- 3. Klasse -- Seelenfische.**
 1. Klasse -- Abtlg. Berlin. Potsdam-Spandau 25 (Werder, Butab-Butab) 15.45, Nowawes-Elstal (Leibhard, Potsdam) 15.45
 Abtlg. Havel, Süd-Schollene (Freiheit) 15.45, Ketzin

-Kiehlwaser (Elstal) 15.45, Grebs-Altensdorf (Brügg), Abtlg. Elbe, Wittstock-Havelberg (Kyritz) 15.45, Perleberg-Wittenberg (Neuruppin) 15.45, Kyritz-Pritzwalk (Havelberg) 15.45

2. Klasse -- Abtlg. A Berlin. Potsdam-Spandau 25 (Nowawes) 14.00, Butab-Butab (Cladow) 14.00, Eintracht-Werder (Spandau) 14.00, Nowawes-Elstal (Charlottenburg) 14.00

Abtlg. B Berlin. Charlottenburg-Cladow (Staaen), Drewitz-Caputh (Potsdam) 15.45

Abtlg. Havel. Süd-Schollene (Freiheit) 14.00, Ketzin-Kiehlwaser (Lautzen) 14.00, Trechwitz-Jessenig (Siegel, Brügg) 15.00

Abtlg. Elbe. Wittstock-Havelberg (Pritzwalk) 14.00, Perleberg-Wittenberg (Wittstock) 14.00, Kyritz-Pritzwalk (Havelberg) 14.00

Aussichten auf Erfolg hat die 1. Fußballmannschaft von Volkssport Neukölln gegen Weissenau 1 im Stadion am Finken See, Weissenau. Die 2. Männer werden gegen Weissenau 2 knapp, aber sicher gewinnen.

Der 2. Bezirk hat mit Rücksicht auf die Reichspräsidentenwahl Spieltage nicht mehr angesetzt. Adler benutzt diese Spieltage zu einer Reise nach Magdeburg und spielt bereits am Sonntagabend gegen die Fußballabteilung der Vereinigten Turnerschaft in Borg.

Was bringt der Handballsport?

Werbespieltag auf dem Kätzbach-Spielplatz
 Die Freie Sportvereinigungen Fichte laden zu einem Werbespieltag nach dem Kätzbach-Spielplatz ein. Es sind Mannschaften von FTGB-Süd, FTGB-Lichtenberg, Eiche-Köpenick, FT-Bräselegg, Fr. Schw-Falkensee, Turnerschaft Luckenwalde, und zum Hauptspiel die Freie Turnerschaft Luckenwalde gegen Weissenau (Lausitz) verpflichtet. Die Kämpfe beginnen schon um 9.30 Uhr und finden ihren Abschluss im Hauptspiel um 15 Uhr. Dieses, sowie das Jugendspiel zwischen dem Veranstalter und Eiche-Köpenick um 11 Uhr, werden am interessantesten verlaufen.

Viele Spiele am Sonntag

In der ersten Klasse der Abteilung A erwartet die FTGB-Nordost um 10 Uhr auf dem Platz Schönhauser Allee Eiche-Köpenick zum Rückspiel. Nordost erwarten wir als sicheren Sieger. In der Abteilung B tritt die FTGB-Süd um 11 Uhr auf dem Vereinsplatz in der Rubensstraße gegen den Arbeiter-Verein Schöneberg um 15.10 Uhr an. Süd ist als Favorit. Die interessanteste Paarung steigt um 15.05 Uhr auf dem Platz in der Schönhauser Allee zwischen FTGB-Nordost und dem Volkssport Neukölln. Eigentlich müßte Nordost gewinnen, doch sollte Neukölln mit derselben Spielstärke wie am letzten Sonntag anwarten, so kann es leicht möglich sein, daß Neukölln gerade wie im ersten Spiel einen Lehrschwimmer gegen Nordost herausholt.

Bezirksklasse Ost: FTGB-Lichtenberg-FTGB-Stralau um 10 Uhr im Lichtenberger Stadion. Sollte Stralau gewinnen, so ist die Abteilungsmeisterschaft gesichert. **Priesen-Fürsteneiche-FTGB-Märzfeld** um 14 Uhr auf dem Preisenplatz. **FSV-Strasberg-VIL** Ost um 15.05 Uhr in Strasberg, Platz Marienberge. **Frauen:** FTGB-Nowawes-FTGB-Osten um 14 Uhr in Nowawes. **FTGB-Stralau-Athletik-Sportklub** um 11.10 Uhr, Platz Büdckerstraße. **Gesellschaftsspiele:** Eiche-Müncheberg-ASV-Neukölln 2 um 15 Uhr in Müncheberg. **ASV-Fredersdorf-FTGB-Hermisdorf** um 15 Uhr, Platz Fredersdorf. **TSV-Kaulsdorf** gegen FTGB-Osten 2 um 16 Uhr in Kaulsdorf.

Bezirksklasse Norden: FTGB-Norden 3-FTGB-Norden 1 um 11 Uhr, Platz Schönhauser Allee. **ATV-Alttruppen-FT-Schwante** um 15 Uhr in Alttruppen. **Eberswald-Gruppe:** FT-Eberswald-Sparta-Lichterfelde um 14.30 Uhr in Eberswald. **Sparta-Lichterfelde 2-FT-Finow** um 15 Uhr in Lichterfelde. **Frauen:** FTGB-Nordost-Volkssport-Wedding um 14.10 Uhr, Platz Schönhauser Allee. **FTGB-Nordost** gegen FTGB-Hennigsdorf um 20 Uhr, Platz Schönhauser Allee. **Gesellschaftsspiele:** FTGB-Friedrichsthal-FTGB-Süd 2 um 15 Uhr in Friedrichsthal. **FT-Schonow-Volkssport-Wedding** um 15 Uhr in Schonow. **FTGB-Reinickendorf-Ost-Volkssport-Wedding** 2 um 12 Uhr, Platz Berner Straße.

Bezirksklasse Süden: **Gesellschaftsspiele:** FTGB-Lankwitz-Berlin XII um 11.45 Uhr in Lankwitz. **FSV-Teltow-FTGB-Nordring** 2 in Teltow um 13 Uhr. **Luckenwalde-Sport-FTGB-Friedenau** um 16.10 Uhr in Luckenwalde. **Frauen:** Volkssport-Neukölln gegen FTGB-Baumtschulweg um 14.20 Uhr im Volkspark Neukölln, Platz 6. **FTGB-Tempelhof-FTGB-Lankwitz** um 15 Uhr im Volkspark Mariendorf. **ASV-Schöneberg 2-SV-Moabit** um 11 Uhr, Platz Rubensstraße.

Volkssport Neukölln berichtet: Den Sieg der 2. Volkssport-Männermannschaft über ASV-Neukölln 1 (14.10 Uhr) Neuköllner St., Pl. 6 nicht verhindern können. Die 3. Männer von Volkssport wird gegen ZDA, um 12.10 Uhr, Pl. 6, wohl kaum den Steger stellen können. Volk kommen offen ist der Kampf der 1. Jugend gegen ASV-Wedding um 11 Uhr, Pl. 6. Volkssport 2. Schüler werden gegen FTGB-Mitte 1 um 9 Uhr Pl. 6 versuchen, einen weiteren Sieg zu erlangen.

10 Jahre Turnverein Eiche, 5. Abtlg., Plauen

Zehn Jahre Mitglied im ATSB, das waren 10 Jahre Kampf um unsere Ziele und 10 Jahre Aufbau in schwerer Zeit! Nur wer selbst es mit durchgemacht, weiß, was dies bedeutet. Und die Genossen und Genossinnen können stolz darauf sein, mitgeholfen zu haben, eine Bresche zu schlagen für den ATSB gerade in dem so schwarzen Plauen.

1922 trat eine Schar Turner aus dem 10. Jahr der DT. aus, Arbeiter, die sich mit der rechtspolitischen Einstellung innerhalb dieser Organisation nicht mehr einverstanden erklärten. Sie traten dem Arbeiter-Turn- und Sportbund bei und gründeten im T. Eiche, Plauen, eine 5. Abteilung. Als hätte man nur darauf gewartet, so strömten viele turnerfeudige Männer herbei: die Abteilung entwickelte sich so schnell, daß nach kurzer Zeit die anderen Abteilungen überflügelt wurden. Raslos wurde nun weitergearbeitet. Verschiedene Rückschlüsse erfolgten zwar, doch gingen diese für die Dauer wirkungslos vorüber.

Am Sonnabend, dem 12. März, findet anlässlich des Jubiläums ein Stillestand statt, das in Form eines geselligen Abends abgehalten wird. Am Sonntag, dem 13. März, folgt dann ein gemeinsames Schauturnen in der Turnhalle der Deiterschule (Seminarstraße). Ein reichhaltiges Programm wird den Besuchern geboten. Beginn nachmittags pünktlich 1/3 Uhr. -- Damit die Jugend zu ihrem Rechte kommt, findet abends im „Glockenberg“ ein Kränzchen statt.

Nach dem Schauturnen treffen sich die älteren Genossen und Genossinnen im Turnverein West; dortselbst erfolgt durch Radio die Bekanntgabe der Resultate zur Reichspräsidentenwahl.

Aus dem Lausitzer Handballager

Wegen der starken Schneefälle in den letzten Tagen werden alle Spiele am kommenden Sonntag ausfallen. So hat Löbau bereits seine Gegner Leutersdorf und Lawalde abgesagt. Es stehen noch zwei Spiele aus. Sohland 1, Mitglieder und 1. Spielerinnen gegen Neukersdorf 1 und 1. Spielerinnen. Die Spiele sollten früh um 9 Uhr beginnen. Wenn nicht alles trügt, werden auch diese Spiele ins „Wasser“ fallen.

Am letzten Sonntag weilte der Oberlausitzer Meister zum Rückspiel in Görlitz beim VfL und zeigte ein gutes Spiel. Görlitz kam dann durch schickes Decken zu zwei leichten Erfolgen.

Nach dem Wechsel war ein gleichwertig verteiltes Spiel zu verzeichnen. Nach längerer Spieldauer erzielte Leutersdorf das verdiente Ehrentor. Kurz vor Schluss waren die Görlitzer noch einmal erfolgreich -- Einen Achtungserfolg errangen die Löbauer im Spiel gegen Bautzen 5:5 (4:1). In der ersten Halbzeit land sich Bautzens Sturm nicht richtig zusammen. Löbau 2 gegen Bautzen 2:1 (1:1). Beide Mannschaften waren gleichwertig. Löbau hatte Pech im Torschießen. -- Löbau 1. Knaben gegen Bautzen 1. Knaben 4:0.

Bezirk Pirna

Handball
 Ein Auswahlspiel zweier Bezirksmannschaften wird am Sonntag, dem 13. März, 10 Uhr, auf dem Platz der Freien Turner Niedersiedlitz ausgetragen. Den Handballfreunden ist dieses Spiel sehr zu empfehlen. Die Mannschaften spielen in folgender Aufstellung:

A-Mannschaft: Kubach (Heidenau); Franke (Pirna); Reinwardt (Zschachwitz); Donath (Zsch.), Menzel (P.), Häsel (H.); Grote (H.), Dönkefeld (Zsch.), Enzenbach (Zsch.), Jerusel (H.), Wolf (P.).
B-Mannschaft: Schulz (P.); Brandenburg (H.), Schmidt (Zsch.); Hanke, Pöhlke, Haubler (sämtlich Heidenau); Bokanda (P.), Wöhe (P.), Reich (P.), Jährl (Zsch.), Gernerodt (Lungwitz).

Beide Mannschaften sind ungefähr gleich stark und ein spannendes Spiel ist zu erwarten. Bei der Aufstellung wurden hauptsächlich die Genossen der spielstarken Vereine Pirna, Zschachwitz und Heidenau berücksichtigt. Die elf Besätze dieses Spieles tragen am 9. April in Dresden-Löbau das Rückspiel gegen die Dresdener Städteamtsmannschaft aus. Das Vorspiel 1931 in Pirna endete nach ausgeglichener Spiel 7:7. Gegen den schuldig gewaltigen Sturm der Dresdener werden die Pirnaer in diesem Jahre einen schweren Stand haben. Vorher (9 Uhr) spielen Niedersiedlitz 1-Lockwitz 1.

Sonntag, den 13. März: Heidenau III-Niedersiedlitz II (13.15); Heidenau IV-Dohna II (11.30); Heidenau V gegen Rottverndorf III (10.00); Heidenau H-DSV, II (15.30); Niedersiedlitz AH-Heidenau AH. (13.45).

Aus dem Schwimmerlager Kinderschwimmfest „Neptun“-Zwickau am 3. April

Bei Festlegung des Schwimmfesttermins ist die am 13. März stattfindende Reichspräsidentenwahl außer acht gelassen worden. Es macht sich deshalb die Verschiebung dieses Festes auf den 3. April notwendig. Wenn auch anzunehmen ist, daß jeder Wahlberechtigte trotz des Schwimmfestbesuchs seiner Pflicht nachkommen wird, so wollen doch die Schwimmer nicht den Vorwurf auf sich nehmen, daß sie Wahlberechtigte von der Wahl abgehalten haben. Es geht also jeder zur Wahl!

Vorpommern

Handball-Resultate. ASV „Barth“-Barth II-FT, Stralsund II 2:0; ASV „Barth“-Barth I-FT, Stralsund I 4:2. **Fußball.** ASV „Union“ Stralsund I-FSV „Roland“ Stralsund I 2:3 (2:2); ASV „Union“ Stralsund II-Schutzsport Grimmen I 2:3 (2:2); ASV „Falke“ Grimmen I-FT, Greifswald I 6:1 (3:1); ASV „Falke“ Grimmen II-FT, Greifswald II 1:2; „Amateur“ Wolgast I-FT, Greifswald I 3:3 (2:2); „Amateur“ Wolgast III-FT, Anklam IV 0:1 (0:0); „Amateur“ Wolgast 22-FT, Greifswald II 3:1; „Vorwärts“ Bergen 1-„Fichte“ Garz I 5:4 (1:3); „Frei Heil“ Franzburg k.-„Freie Ell“ Kirchbargendorfer k. 6:2; FT, Loitz II-FT, Jarmen II 1:0 (0:0); FT, Loitz I-FT, Jarmen I 4:1 (2:0).

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein; für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. B. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904. **Verlag und Expedition:** Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905. **Bezugspreis** für einen Monat durch die Expedition RM 3.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM 2.10 und RM - 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM - 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto. **Inseratenpreis:** Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. **Alle Zahlungen** sind zu leisten an „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. B.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postbeckenkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

500 Schwimmer am Start

Zum Städtetreffen Wien-Berlin

Das Schwimmereignis zu dem internationalen Fest der Arbeiterschwimmer übertrifft alle Erwartungen. An dem geschildert zusammengestellten Programm wirken etwa 500 Teilnehmer mit. Ein von 64 Genossinnen geschwommener Kunststreck wird zeigen, welche vielfältigen Möglichkeiten der Schwimmersport hat.

Aber auch in rein sportlicher Beziehung wird den Berlinern etwas Außergewöhnliches geboten, weil in diesem Zweckspiel nicht nur in den Staffetten, sondern auch in den Einzelkämpfen viele Olympiateilnehmer starten werden. Große Anforderungen werden an den Springer im 100 m- und 500 m-Sprint gestellt. Völlig offen ist das Wasserballspiel, in dem nach länger Zeit wieder einmal die Berliner Stadtmannschaft ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen wird. Die Berliner Mannschaft spielt in der Aufstellung Kuntz (Helfer), F. Gröbner (Charl.), Ulrich (Helfer), L. Gröbner und Pirwitz (beide Charl.), Plater und Potte (beide Hellas).

In der Pause der Sonntagsveranstaltung werden Teilergebnisse der Reichspräsidentenwahl bekanntgegeben. Das ganze auf Massensport eingerichtete Fest verdient besondere Beachtung. Jeder erwerbe eine Karte für die am Sonntag, dem 12. März 20 Uhr, im Stadbad Wedding, Grotzschtr. und am Sonntag, dem 13. März, 10 Uhr, im Lunbad stattfindende Veranstaltung der Arbeiterschwimmer.

Staats-Theater

Oper u. d. Linden
 Sonnabend, 12. März
 20 -- gegen 23 Uhr

Die Hugenotten

Schauspielhaus
 u. Gendarmenmarkt
 Sonnabend, 12. März
 20 -- gegen 23 Uhr

Cyrano v. Bergerac

Schillertheater
 Charlottenburg, Bismarckstraße
 Sonnabend, 12. März
 20 -- nach 22.30 Uhr

Die endlose Straße

Circus Busch
 Tel.: Wedding 3940
 Tagl. 4.5, 6.0, 8.0
 Sonnt. 2.5, 3.0, 5.0

Münz-Theater

Münzstr. 10
 Tonfilm-Tageskino
 Der Pechvogel
 Es wird schon wieder besser
 und das reichhaltige Leiprogramm

Lichtspiele

am Stettiner Bahnhof
 Invalidenstraße 127
 Tonfilm-Tageskino
 Helden der Luft
 und
 das 5. Kabarettprogramm
 Fox tönende Wochenschau

Volkstheater

Theat. o. Bülowpl.
 O 1 Norden 2946
 Sonnabend, 12. März
 8.15 Uhr

Androklos u. d. Löwe

Rose-Theater
 Große Frankfurter Str. 132
 Telefon: E 7 Weichl 3427
 Sonnabend, 12. März
 6 u. 9 Uhr

Jettchen Gebert

Sonntag, 13. März
 3 u. 6 Uhr

Jettchen Gebert

9 Uhr

Götter unter sich

Werbt für die SAZ

KINO FÜR JEDERMANN

Potsdamer Str. 4, im Voxhaus, am Potsdamer Platz B1 Kurf. 2334.
 Ab Freitag, den 11. März 1932

Die Pranke

mit Carl Suss, Eugen Klötzer und Oskar Sima
 und das erstklassig tönende Beiprogramm
 Tägl. ab 9 Uhr vorm.
 Sonntag, ab 9 U. nachm. bis 1 U. nachts.
 Einzlg. Tag- u. Nacht kino Berlins

Theater des Weddings

Müller, Ecke Sellenstraße
Der verjüngte Adolar
 mit Fritz Schulz und Lucie Kuglisch
 dazu der große Kriminalfilm
Warschauer Unterwelt
 Das lustige Beiprogramm

Pharus Lichtspiele

Müllerstraße 142
 Charlotte Suss, Gustav Fröhlich in
Un'er falscher Flagge
 Grosser Spionagefilm mit
 Fr. Kayser u. Theodor Loos, dazu:
 Das geheimnisvolle Haus
 und die neueste
 tönende Fox-Wochenschau

Elysium - Lichtspiele

Prenzlauer Allee 56
Felix Bressart
 in
Holzappel weiß alles
 dazu:
 „Entfesseltes Afrika“
 Ein Abenteuer-Groß-Film
 Des großen Erfolges wegen verlängert.
Fox tönende Wochenschau,
 das Neueste aus aller Welt
 Beginn 6 Uhr.

PRATER Lichtspiele

Kastanienallee 7/9
 Hochbahnhof Danziger Straße
 Autobus 9

Emil Jannings in

Stürme der Leidenschaft

mit Anna Sten
 Großes Beiprogramm u. Tonwoche
 Auf der Bühne:
Balalaika-Orchester
Dolgoepolski
 Sonntag 3 Uhr, Kindervorstellung
Tom Mix / Eintritt 30 Pfennig
 Einlaß 1/2 5 Uhr. Eintrittspr. ab 0.50 RM.

Haus Vaterland

Vertragungs-Restaurant
Berlins
 BETRIEB KEMPINSKI

Die Ente

Neu erschienen:
 Aus dem Inhalt der neuen Nummer:
 Was wird, wenn... Reichspräsident wird / Hinter den Redaktionstüren / Der kriegsgerische Schmuck / Hindenburgs Größe / Schwarze Potenz / Rechtsanwalt Dr. Satt macht Witze
 10 Pfennig
 Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstr. 7

Oberlausitz

Urbanes Gasthaus

Oberriedersdorf (Hempel)
 Sonnabend, Sonntag, Montag
 den 12., 13. u. 14. März

Gr. Weinfest m. Karpienschmaus

Humor. Unterhaltung
Speisen und Trank außerst billig
 großer Schoppen, weiß oder rot, 30 Pf.
 Um gültigen Zuspruch bittet
Curt Urban u. Frau

Die allerfeinste Butter, den besten Käse u. Speisequark

kauft man direkt oder in den
Verkaufsstellen der Molkerei
 Hornhüt I. Sa.

R. G. Rackel

Käsefabrik, Alt-Löbau
 Spezialität: Stangen-, Spitz- u. Harzer Käse

IHR VORTEIL

ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine

LEBENSVERSICHERUNG

abschließen. Niedrige Prämienätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die

VOLKSFÜRSORGE

Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, An der Alster 57-61.

Auskunft erteilen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, an der Alster 57-61

Kauft Gutscheine für den Pressefonds

Wie das Bürgertum arbeitet

Ein Schlag gegen die englische Arbeiterpartei

Es ist immerhin ein erwähnenswertes Paradox,

daß die von einem englischen Arbeiterpartei verordnete Kürzung der Erwerbslosensätze von der konservativen „nationalen“ Regierung wieder heraufgesetzt werden sollen.

Der die Kürzung der Arbeiterschaft auferlegte, heißt Graf (damals noch einfacher Herr Philip) Snowden. Der sie wieder heraufzusetzen beabsichtigt, heißt Neville Chamberlain, ist Führer der Konservativen!

Die übliche Methode der Bourgeoisie! Man läßt eine Arbeiterpartei ganz gern ans Ruder (oder nimmt sie in eine „Koalition“ auf), wenn man sie braucht, um arbeiterfeindliche Maßnahmen durchzusetzen, die man ihr aufzwingt. In Deutschland geht das so, wie wirs erleben. Die Sozialdemokratie ist nur noch das Aschenbrödel, das alle Dreckerarbeit zu erledigen hat, ohne auch nur einen Pfennig Lohn zu bekommen. Und der Prinz heiratet es doch nicht! So was kommt nur in Märchen vor. Das sozialdemokratische Aschenbrödel hat nur eine Zukunft vor sich: von Stufe zu Stufe zu sinken.

In England, wo die formale parlamentarische Demokratie noch im Schwange ist, sichert sich die Bourgeoisie die Zukunft gegenüber der Arbeiter-Wählerschaft, indem sie diese besser behandelt als die Arbeiterpartei es getan hat. Sie erwirbt sich soziales „Verdienst“, was sie umso eher kann, als sie an erhöhten Preisen genug verdient, um solche Geschenke machen zu können. Aber, der Gegensatz springt in die Augen: Eine Führer der Arbeiterpartei setzt die Arbeitslosenunterstützung herab, ein Konservativer erhöht sie!

Wäre die SPD-Führung nicht so hoffnungslos „staatsbürgerlich“ versumpft, sie müßte daraus lernen. Aber wie sollte sie sich am eigenen Zopf herausziehen können? Soweit geht nicht einmal ihre Münchhausen-Aehnlichkeit!

Ein bezeichnendes Gegenstück noch zu Deutschland: Das Heeresministerium läßt erklären, daß es bei der 10prozentigen Kürzung des Solds bleibt, daß für das Heer eine Revidierung der Soldherabsetzung nicht geplant ist. Auch in England ein bürgerlich-kapitalistisches Regiment, aber ein Unterschied zwischen ihm und dem System Hindenburg-Groener-Brüning besteht noch!

Zwei Abstimmungs-Niederlagen der Tardieu-Regierung

TU. Paris, 11. März 1932

Die Regierung wurde in der Nachtsitzung der Kammer bei der Beratung des Haushaltsabschnittes über die Pensionen der Staatsbeamten und der staatlichen Grubenarbeiter zweimal in die Minderheit gesetzt.

Die Sozialisten hatten die Rückweisung des Kapitels über die Pensionen für die Staatsbeamten an den Finanzausschuß verlangt. Bei der Abstimmung blieb die Linke gegen Flaudin mit 314 gegen 245 Stimmen siegreich. Bei der Beratung über Pensionen der staatlichen Grubenarbeiter kam es ebenfalls zu einer lebhaften Aussprache, da die Sozialisten eine Erhöhung der Pensionen verlangten. Ihrer Forderung auf Rückverweisung an den Finanzausschuß wurde gegen den Antrag des Arbeitsministers mit 285 gegen 261 Stimmen stattgegeben.

Gefährliches Vorspiel

TU. Moskau, 10. März 1932

Eine Gruppe russischer Weißgardisten versuchte in der Nacht zum 9. März die russische Grenze bei Blagoweschensk zu überschreiten. Sie wurden jedoch von der Grenztruppe der OGPU bemerkt und beschossen. Dabei wurden sechs Weißgardisten getötet.

Fememord in Finnland

Helsingfors, 11. März 1932.

Die frühere Schatzmeisterin der Lappo-Bewegung, Frau Craucher, wurde am Freitag vormittag mit durchschossener Schläfe tot aufgefunden. Pressemeldungen zufolge soll Frau Craucher der Linkspresse wichtige Dokumente der Lappo-Bewegung übergeben haben. Anderen Meldungen zufolge steht sie im Verdacht, internationale Spionin gewesen zu sein.

Man erwartet, daß der Lappo-Führer Kosola und die übrigen Verhafteten bereits in den nächsten Tagen freigelassen werden. Die Untersuchung hat nichts Neues ergeben, und weitere Verhaftungen sind nicht vorgenommen worden.

„Falscher“ und „richtiger“ Faschismus

Der Wahlausschuß für Hindenburg hat über Berlin durch Flugzeuge massenhaft Flugblätter abwerfen lassen. Verantwortlich für den Inhalt zeichnet Frobenius, Berlin. Der Text zur Empfehlung des „Siegens von Tannenberg“ als abermaligen Präsidentschaftskandidaten ergeht sich in rein militaristischen und nationalistischen Gedankengängen. Auf solche abgedroschenen Beweisführungen hier einzugehen, würde sich für uns nicht lohnen, wenn nicht an einer Stelle die Verfasser in ein unfreiwilliges und deshalb um so wertvolleres Eingeständnis ausgeglitten wären.

In einer Polemik gegen den Konkurrenz-kandidaten Hitler schreiben nämlich die Flugblatt-Verfasser:

„Wenn du mit dem temperamentvollen „Trommler“ und „Propagandisten Hitler einen falsch verstandenen Faschismus und schlecht kopierten Mussolinismus wählst, vertiefst du die Zwietracht in Deutschland und gefährdest damit die Einheit von Volk und Reich.“

Die Hindenburg-Apostel werfen also dem braunschweigischen Regierungsrat Hitler an sich nicht vor, daß er den Faschismus betreibt und Mussolini kopiert, sondern nur, daß er einen falsch verstandenen Faschismus kultiviert und daß er Mussolini schlecht kopiert. Die logische Schlußfolgerung ist die: Wollt ihr Präsidentschaftswähler in Deutschland den richtig verstandenen Faschismus haben, so müßt ihr unsere Kandidaten wählen!

Es ist auch gar kein Zweifel, daß hervorragende Unterzeichner des Hindenburg-Ausschusses nicht nur in faschistischen Gedankengängen bereits ihre Grundauffassung kundzutun pflegen, sondern sich auch bereits faschistisch betätigt haben. Der General Groner hat als Doppelminister für Wehr und Inneres durch Notverordnungen und Ministerialverfügungen den Faschistentrupp erfolgreich die Wege gebahnt, und Herr Gustav Noske hat sogar, nachdem er sein Amt als Kriegsminister 1919 mit den Worten antrat: „Einer muß der Bluthund sein“,

Taten vollbracht, die dem später entstandenen italienischen Faschismus als Vorbild dienen konnten. Es ist deshalb durchaus verständlich, daß aus diesen Kreisen des Hindenburg-Ausschusses Stimmen laut werden, daß Hitler und seine Anhänger gar nicht den richtigen faschistischen Dreh verstanden haben und daß, wer den richtigen Faschismus haben will, Hindenburg zum Präsidenten wählen müsse. Sie lassen es nur noch dahingestellt, welcher Anwärter auf das Reichskanzleramt dann in der Aera des „richtig verstandenen Faschismus“ das Vorbild Mussolinis gut kopieren wird. Denn auch das ist schon rühbar geworden.

daß unter einer Präsidentschaft Hindenburg eine Regierungskoalition mit den heute noch opponierenden nationalistischen Parteien aller Schattierungen von der zur Zeit amtierenden Regierung geplant wird.

Hat doch auch Brüning selbst im Reichstag es ausgesprochen, daß die Hereinziehung jener renitenten Elemente in die Regierung nur an deren eigenem vorläufigem Widerstande gescheitert ist.

Soweit ist es also vollkommen klar und verständlich: Das unfreiwillige Eingeständnis des Hindenburgflugblatts wird durch die politische Entwicklung und die Erfahrungen der jüngsten Zeit selbst bestätigt. Bei dem Wahlkampf zwischen den Anhängern Hindenburgs und denen Hitlers handelt es sich um einen Konkurrenzkampf zwischen Faschisten. Jede Seite glaubt, den richtigen faschistischen Dreh zu haben.

Welche Seite auch siegt, eine faschistische Regierung bekommt Deutschland unter allen Umständen.

Nur eins ist noch unklar: Gibt es wirklich in Deutschland noch klassenbewußte Proletarier, denen man einreden kann, es liege in ihrem Interesse, irgendeinem Faschismus die Wege zu ebnen? Wollen deutsche Arbeiter wirklich durch die Wahl von Hindenburg den Befürwortern eines richtig verstandenen und gut kopierten Mussolinismus Gelegenheit geben, der deutschen Arbeiterschaft das Fell über die Ohren zu ziehen? G. J.

Mord und Konterrevolution

Die Anklage gegen den Moskauer Attentäter — Schwere Beschuldigung gegen Polen

TU. Moskau, 10. März.

Von russischer amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß der Attentäter des Botschaftsrats von Twardowski, Stern, gestanden hat, in Moskau einen Helfershelfer namens Sergei Sergejewitsch Wasiljew zu haben. Wasiljew ist bereits von der OGPU verhaftet worden. Stern gab weiter an, daß Wasiljew und er von polnischen Staatsangehörigen beauftragt worden seien, den Anschlag auszuführen, um die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin zu stören, und die internationalen Beziehungen der Sowjetunion zu verschlechtern. Stern habe mit Hilfe Wasiljews die Zeit festgestellt, in der von Dirksen die Botschaft zu verlassen pflegte, um ihn, nicht von Twardowski, zu erschießen.

Weiter gab Stern nach der russischen amtlichen Mitteilung Erklärungen über seine Beziehungen zu polnischen Kreisen ab, die im Interesse der Untersuchung jedoch nicht veröffentlicht werden können. Die OGPU teilt mit, daß die Akten nunmehr der obersten Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Klage wegen Vorbereitung zum Mord und Konterrevolution übergeben werden. Der Prozeß wird demnächst im Militärkollegium

des Obersten Gerichts der Sowjetunion stattfinden. Die Verhandlung wird öffentlich sein.

Polnisches Echo

Warschau, 11. März 1932.

Das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ macht auf die in einer sowjetrussischen Bekanntmachung aufgestellte Behauptung aufmerksam, daß Juda Stern im Auftrage polnischer Staatsangehöriger den Anschlag auf den Botschaftsrat von Twardowski verübt habe. Das Blatt bemerkt dazu, daß man die Aussage Sterns nicht kenne, man könne deshalb auch nicht beurteilen, auf welcher Grundlage die Erklärung des Volkskommissariats für Äußeres über eine angebliche Beteiligung polnischer Staatsangehöriger an dem Verbrechen fuße. Die aufsehenerregende Behauptung klinge geradezu unglaubwürdig. Man müsse annehmen, daß es sich hier um die Neigung bekannter Sowjetkreise handle, überall die Arbeit von fremden Kräften auf dem Gebiete des Rätebundes zu erblicken. Die Verlautbarung des Volkskommissariats für Äußeres müsse ein Gefühl des Mißbehagens hervorrufen, das aber der höchsten Empörung weichen würde, wenn sich die sowjetrussischen Behauptungen als grundlos erweisen sollten.

Spaß muß sein

Berlin, 10. März 1932

In Berlin werden an den Litfaßsäulen Werbezettel angeklebt, die auf blauem Untergrund in weißem Typendruck folgenden Wortlaut aufweisen:

„Wählt Hindenburg, dann bleibt uns Brüning erhalten, und Wir haben Brot.“

Unterzeichnet ist dieser Text mit „Verband Deutscher Gerichtsvollzieher“. In der linken Ecke dieses Werbezettels befindet sich ein Adler mit folgender Umschrift: „Deutschland hat 117 000 Gerichtsvollzieher“.

Zu dieser nationalsozialistischen Propaganda bemerkt der Amtliche Preußische Pressedienst überaus ernsthaft:

Ein „Verband Deutscher Gerichtsvollzieher“ existiert unter diesem Namen nicht. Die Organisation der Gerichtsvollzieher heißt vielmehr: „Der Deutsche Gerichtsvollzieherbund“. Die Behauptung, daß Deutschland

117 000 Gerichtsvollzieher habe, ist bereits am 26. Januar von dem Amtlichen Preußischen Pressedienst richtiggestellt worden. Es gibt in Preußen nur 2141 planmäßige und außerplanmäßige Gerichtsvollzieher und außerdem nur noch 290 planmäßige und außerplanmäßige Gerichtskassenvollzieher.

Kriegsvorbereitungen

Berlin, 10. März 1932

Mitte März findet an der pommerschen Küste (Rügen, Usedom, Wollin) unter Leitung der Festungskommandantur Swinemünde eine Luftschutz-Übung statt. Diese Übung dient in erster Linie der nachrichten-technischen und taktischen Erprobung des Flugmeldenetzes und des Warnnetzes bei feindlichen Fliegerangriffen an der pommerschen Küste.

Verbot des „Anderen Deutschland“ aufgehoben

Berlin, 11. März 1932.

Die Redaktion der pazifistischen Wochenschrift „Das Andere Deutschland“ hat heute das folgende Telegramm vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts erhalten:

Das Verbot der Wochenschrift „Das Andere Deutschland“ vom 27. II. 32 ist aufgehoben.

gez. Reichsgericht, 4. Strafsenat.

„Das Andere Deutschland“ war bekanntlich auf drei Monate verboten worden, weil es einige Stellen aus dem Geheimurteil im Weltbühnenprozeß nach den Veröffentlichungen des „Echo de Paris“ übersetzt und somit auch dem deutschen Publikum bekannt gemacht hat. Diese „unerhörte strenge Sanktion“, wie das Verbot im Ausland charakterisiert wurde, hat „draußen“ fast ebensoviel Staub aufgewirbelt wie die Verurteilung der „Weltbühne“. Man faßte es mit gutem Grund als ein Dementi des vom offiziellen Wolff-Büro lancierten Dementis der Veröffentlichungen des „Echo de Paris“ auf. Die bekamen im Ausland nun noch mehr Gewicht. „Die Deutschen selbst dürfen nicht wissen, was das Ausland über Deutschland weiß“ — das war die allgemeine Auffassung, an die sich Schlußfolgerungen knüpften, die im Deutschland der Presseverbote auszusprechen, man sich hüten muß. Das Verbot schien dem „gesunden Menschenverstand“ zwar unhaltbar, trotzdem bedeutet es — wir sind ja so unverwöhnt! — eine freudige Ueberraschung, daß das Reichsgericht sich diesmal dem gesunden Menschenverstand angeschlossen hat. Aber, du lieber Gott, eine Schwabe macht noch keinen Sommer. Und wenn's diesmal nicht ganz nach dem Wunsch der militärischen Halb- und Ganzgötter ging — wer sucht, findet immer, und „wehe den Strömungen, die in marxistischer oder pazifistischer Gedankenwelt sich dem Glauben und Wollen eines neuen nationalen Deutschland widersetzen“. Das ist die Maxime der herrschenden Schicht, wie sie im Blatt der Reichswehrgeneräle, der „Berliner Börsenzeitung“ verkündet wurde. Der Kampf gegen Militarismus und Nationalismus muß daher um so schärfer sein; daß es die tapfere pazifistische Wochenschrift daran nicht fehlen lassen wird, das sind wir sicher. Der Haß der Kriegsmacher und Nationalisten ist eine Ehre!

Reichswehr fühlt sich getroffen

Strafanzeige Groeners gegen „Tage-Buch“

Berlin, 11. März 1932

Reichswehrminister Groener hat bei der Staatsanwaltschaft II Strafanzeige gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Tagebuch“, Kurt Reinhold, wegen Beschimpfung der Reichswehr erstattet. Der Strafanzeige liegt ein im „Tagebuch“ am 23. Januar d. Js. mit der Ueberschrift „Bei den anderen“ erscheinender Artikel zugrunde. In dem Artikel, in dem das Reichswehrministerium eine Beschimpfung der Reichswehr erblickt, heißt es:

„Wenn ein Mann von annähernd normalem Durchschnitt in eine Uniform gesteckt, dressiert, mit Handgranaten und einem Dutzend Schlagworten versehen, auf ein Schlachtfeld gebracht und dort gegen ähnlich präparierte Menschen losgelassen wird, so benimmt er sich in der Regel wie ein Vieh.“

„Nur wer den Krieg ernstlich negiert, dürfte ebenfalls entrüstet sein, wenn das Vieh, das in ihm steckt, an anderen allzudeutlich sichtbar wird. Wer aber von denen, deren Sittlichkeit überfließt, negiert den Krieg?“ Zum Schluß heißt es: „Seid fruchtbar wie die Kaninchen, und fürchtet wie die Bestien. Der liebe Gott soll den ersten Teil des Satzes, wenn auch in göttlicherer Form, gesprochen haben; die Menschen, wie sollten sie auch anders, konstruierten den zweiten. Als fadenscheinigen Deckmantel aber erfanden sie die Entrüstung.“

Da diese Bemerkungen auf den zur Zeit einzig aktuellen Fall in der Mandschurei und demnach auf die japanische Armee mit mindestens dem gleichen Recht wie auf die Reichswehr bezogen werden können, empfehlen wir dem Innenwehrminister, bei seinem Tokioter Kollegen anzufragen, ob er sich nicht der Strafanzeige anzuschließen gedenkt.

Die Republik

Berlin, 10. März 1932

Der nationalsozialistische Wahlfilm von Regisseur Häußler, „Schicksalswende“, in dem auch Dr. Goebbels spricht, und dessen Verbot der Reichsinnenminister Groener verlangte, ist von der Filmoberprüfstelle heute vormittag freigegeben worden mit der Maßgabe, daß der Film nur während der Dauer der jetzigen Präsidentschaftswahl und nur im Inlande gezeigt werden darf.

Der Wahlfilm der SPD (!) zur Reichstagswahl 1930 war verboten worden. Und Severing war einer der energischsten Vorkämpfer für die Vollmachten der Filmoberprüfstelle.

Wahlaussichten

Zahlen zum 13. März, die das Proletariat korrigieren muß

Die Lage im Präsidentschaftswahlkampf ist dermaßen verfahren, schrieb dieser Tage die schwerindustrielle „DAZ“, daß als ein möglicher Ausweg die monarchistische Lösung erscheinen könnte, obwohl die Zeit für sie noch keineswegs reif ist. Tatsächlich sieht der Betrachter der Wahlaussichten für den 13. März alles andere denn klare Fronten vor sich. Da gibt es viele Faktoren, die eindeutige Berechnungen nahezu unmöglich machen. Vielzuviele persönliche Momente spielen in diese Wahl hinein und lassen die Entscheidung der Wähler weithin im Dunkel. Daß Mitglieder und Mitläufer der SPD nicht sämtlich für Hindenburg an die Urne gebracht werden können, ist nur ein Teilproblem aus dem ganzen Komplex. Ebensovien läßt sich naturgemäß nicht mit Bestimmtheit voraussehen, wieviel Arbeiterkräfte aus dem Einflußfeld der Sozialdemokratie durch unseren politischen Kampf für Thälmann mobilisiert werden können. Auch der Umstand bleibt ganz unbelichtet, ob es der Hitlerpartei gelingen wird, aus dem zerfallenden Bürgertum so viel Stimmen von dem Bürgerhort Hindenburg auf ihren Kandidaten abzuziehen, daß dessen Bewerbung für den zweiten Gang der Wahl mit einiger Aussicht auf Erfolg aufrecht erhalten werden kann.

Schließlich bleibt jeder Berechnung entzogen die Quote der Wahlbeteiligung und hierin eingeschlossen die Frage, wieviel Jungwähler am 13. März zum erstenmal den Weg zur Wahlurne antreten und für welchen Kandidaten sie dann stimmen werden. Hat schon bei der Wahl Hindenburgs der romantische Faktor eine erhebliche Rolle gespielt, so muß sich bei der bevorstehenden Neuwahl des Reichspräsidenten die Zahl der Stimmen, die bloß aus dem romantischen Motiv abgegeben werden, angesichts der von den Nazis mit viel Erfolg um ihren Führer gewobenen Mythen und angesichts der psychologischen Wirkungen der kapitalistischen Krise noch verstärken.

Dies alles vorausgeschickt, können wir die nüchternen Zahlenreihen betrachten, die sich aus den Ergebnissen der Septemberwahl von 1930 und aus den Korrekturen ergeben, denen diese erste Naziwahl in der Folgezeit durch kleinere regionale Wahlen ausgesetzt war.

Die „Kölnische Zeitung“ hat eben eine Aufstellung veröffentlicht, die wir als Berechnungsgrundlage übernehmen können. Sie zeigt die Stärke der Parteien im Reich, errechnet auf der Grundlage der letzten Wahl in Hessen. Die Tabelle sieht so aus:

Parteien	Stimmenzahl		Proz. v. d.		Stimmenvertlg. 14. 9. 1930 n. d. Hessenswahl
	bei der Reichstagsw. v. 14. 9. 1930	bei der Hss. Ldtgsw. v. 15. 11. 1931	Gesamtstimmen	der Stimmen v. d. Gesamtstimmen	
Sozialdemokraten	8 575 343	168 299	24,5	21,4	7 480 739
Nationalsozialisten	6 406 397	291 189	18,3	37,0	12 933 987
Kommunisten	4 590 179	106 775	13,1	13,6	4 784 114
Zentrum	4 126 983	12 440	11,8	14,3	4 978 811
Deutschnationale	2 457 639	10 857	7,0	1,4	489 394
Deutsche Volkspartei	1 658 937	18 325	4,7	2,2	769 048
Wirtschaftspartei	1 361 761	—	3,9	—	—
Staatspartei	1 322 039	10 793	3,8	1,4	489 394
Landvolk	1 108 145	20 766	3,2	2,6	908 875
Bayerische Volkspartei	1 058 637	—	3,0	—	—
Chr.-Soz. Volksdienst	869 613	16 712	2,5	2,1	734 091

Dies Schema hat nach der Meinung der „Kölnischen Zeitung“ den einen Fehler, daß die Zahlen der Deutschnationalen viel zu niedrig erscheinen. Sie dürfen nicht ohne weiteres von Hessen aufs Reich übertragen werden. Zählt man ihnen die schätzungsweise 1,5 Millionen zu, die sie nach dem ganzen Aufbau und der Haltung dieser Partei in anderen Wahlkämpfen des letzten Jahres im übrigen Reich noch haben müssen (und ihre Wählerzahlen werden bei der Reichspräsidentenwahl durch zahllose Uebertritte von der zerfallenden Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, aber auch von den Konservativen noch erhöht werden), so würde man für die einzelnen Kandidaturen, bei Zuteilung aller heute voraussichtlich auf die hinter diesen Kandidaturen stehenden politischen Parteien ent-

fallenden Stimmen, zu folgenden Resultaten gelangen (wobei Bayerische Volkspartei und Wirtschaftspartei, die in Hessen nicht mitkonkurriert haben, bei der Aufrechnung für Hindenburg noch nicht berücksichtigt sind):

Duestenberg	1,9 Mill. Stimmen
Hindenburg	16,0 Mill. Stimmen
Hitler	12,2 Mill. Stimmen
Thälmann	4,8 Mill. Stimmen

Das wären, mit Ausnahme der Deutschnationalen, für die es eine zuverlässige Berechnung nach dem hessischen Maßstab nicht geben kann, also die reinen Parteizahlen. Was angesichts der von Parlamentswahlen verschiedenen Bedingungen einer Präsidentschaftswahl zu diesen Zahlen hinzutreten wird, was von ihnen

abgezogen werden könnte, läßt sich arithmetisch nicht erfassen.

Für den Fall, daß die Wahlbeteiligung, wie im ersten Wahlgang der Wahl vom Jahre 1925, unter 70 Prozent bleiben würde, könnten sich Hindenburgs Aussichten, im ersten Gang schon gewählt zu werden, insofern steigern, als angenommen werden muß, daß ihm schon jetzt alle überhaupt möglichen Wähler die Stimme geben werden, während durch die Zerteilung der Rechtsstimmen dies für Hitler nicht zutrifft. Wahrscheinlich ist dies jedoch nicht. Vielmehr muß wohl davon ausgegangen werden, daß der erste Wahlgang die positive Entscheidung nicht bringen wird.

Ausländische Betrachter, die das politische Leben in Deutschland von Grund auf kennen und deren Urteil, das ungetrübt von Parteileidenschaft und geschärft durch die Distanz zu den inneren deutschen Vorgängen ist, man trauen darf, meinen, daß die Zahlen des ersten Ganges ein scharfes Finish zwischen Hindenburg und Hitler für den zweiten Gang erwarten lassen. Sie glauben, daß Hitler schon beim ersten Gang dicht hinter Hindenburgs Zahlen folgen wird.

Aber auch wenn diese Prognose zuträfe, so wären trotzdem die Ergebnisse des ersten Ganges noch keinesfalls sichere Rechnungsfaktoren für den zweiten Gang. Im Jahre 1925 hat sich der Vorsprung für Hindenburg gegenüber seinem Konkurrenten Marx nicht zuletzt aus der Tatsache hergeleitet, daß an der Entscheidung im zweiten Gang 10 Prozent der Wähler mehr mitwirkten, als es im ersten Gange der Fall war. Von welcher Seite die möglichen Reserven im April erscheinen, auf wen sie entfallen werden, dies kann heute auch nicht von fern vorausgesagt werden.

Für das Proletariat dürfen jedoch diese zahlenmäßigen, rein parlamentarischen Betrachtungen nicht entscheidend sein. Ob Hindenburg, ob Hitler — die Entwicklung zum Faschismus wird in raschem Tempo weitergehen. Das Proletariat allein hat die Kraft, dieser Entwicklung eine andere Richtung zu geben. Nicht gestützt auf Hindenburg und Brüning, die dem Faschismus den Weg bereiten, sondern nur gestützt auf seine eigene Klassenkraft. Diese Kraft zu wecken und zu stählen gilt es dadurch, daß die letzte Energie eingesetzt wird, die proletarischen Wähler von der bürgerlichen Führung zu lösen und am 13. März die Stimmzahl für den einzigen Arbeiterkandidaten,

für Thälmann

weit über das Maß zu steigern, das die Kommunistische Partei mit ihrer Politik erreichen könnte und das in den oben angegebenen Ziffern zum Ausdruck kommt.

Der Radbruch der SPD und der Fels in der Brandung

„Wir wählen Hindenburg nicht, weil er der Gegenpol Hitlers ist; das wäre unserer nicht würdig und wäre seiner nicht würdig. Wir wählen ihn, weil er Hindenburg ist, weil er der große alte Mann ist, dessen Charakter ein Fels ist in der Brandung und auf dessen Wort und auf dessen Verfassungseid wir bauen können.“

Dieses gefühlvolle Bekenntnis zu Hindenburg stammt von dem Sozialdemokraten Radbruch, seines Zeichens Professor und durch sein politisches Wirken mehr als ein Radbruch am Wagen der SPD.

Metallarbeiter für Thälmann

Breslau gegen ADGB-Parole

In einer Mitgliederversammlung des Breslauer Metallarbeiterverbandes sprach am 9. 3. der Genosse Sternberg über „Krise, Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Er betonte vor allem, daß die heutige Krise eine Krise im Niedergang des gesamten kapitalistischen Systems sei und daß daher auch die Taktik der Gewerkschaftskämpfe eine grundlegende Aenderung erfahren müsse. Kollege Gläser brachte mit eingehender Begründung folgende Resolution ein:

„Die am 9. 3. 32 tagende Mitgliederversammlung des DMV Breslau hält die vom ADGB zur Präsidentschaftswahl herausgegebene Losung für falsch und die Arbeiterklasse schädigend.“

Die Versammlung stellt sich auf den Standpunkt, daß nur durch Klassenaktionen die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren abgewendet werden können. Nicht mit der „Eisernen Front“ gemeinsam mit Brüning und Hindenburg, sondern nur durch die rote Einheitsfront, durch gemeinsame Aktionen aller Arbeiterorganisationen gegen die Hindenburg-Notverordnungsdictatur können die Interessen der Arbeiter gewahrt und durchgesetzt werden. Die Versammlung lehnt die Parole des ADGB, am 13. März Hindenburg zu wählen, ab und empfiehlt den Arbeitern die Wahl des kommunistischen Kandidaten Ernst Thälmann.“

In der Diskussion sprachen dann weiter der sozialdemokratische Parteisekretär Schiffer und der Kollege Schliestedt, der Sekretär des Hauptvorstandes des DMV in Berlin. Sie stießen bei ihrem Versuch, die reformistische Tolerierungspolitik und das Eintreten des ADGB für Hindenburg zu rechtfertigen, auf den immer deutlicheren Widerstand der Breslauer Metallarbeiter.

In seinem Schlußwort empfahl Sternberg die Resolution Gläser zur Annahme. Mit überwältigender Majorität gegen wenige Stimmen erklärten sich die Breslauer Metallarbeiter für Thälmann gegen Hindenburg.

Kollege Ziegler, der die Versammlung leitete, betonte noch am Ende, daß gerade die Breslauer Metallarbeiterschaft ihre bisherigen Aktionen immer in geschlossener Einheit geführt hätte und daß es um die gesamte deutsche Arbeiterschaft besser stünde, wenn die in Breslau vorhandene Einheit überall da wäre.

Die Sorge der SPD

Kultur- und Sportverbände machen nicht mit.

Breslau, 11. März 1932.

Aus sozialdemokratischen Kreisen hören wir, daß man dort sehr besorgt über den in den letzten Tagen klar ans Licht getretenen Umstand ist, daß es nicht gelingen wird, die in den Kultur-, Sport- und sonstigen Verbänden organisierten Arbeiterkräfte, die man von je als für sozialdemokratische Parolen empfänglich anzusehen gewohnt war, am 13. März zur Stimmabgabe für Hindenburg zu bewegen.

Man führt in den oben bezeichneten Kreisen diese Tatsache auf den weitgehenden Einfluß der Sozialistischen Arbeiter-Partei zurück.

Anklageerhebung wegen der Ottakringer Waffenfunde. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen sechs Personen erhoben, die mit den Ottakringer Waffenfunden in Verbindung stehen. Die Verhandlung dürfte Anfang April stattfinden.

Krediterweiterung und Auslandsamortatorium?

Vorsichtige Andeutungen des Reichsbankpräsidenten Luther

Z. N. Berlin, 11. März 1932.

In einem eigens für ihn zusammengebrachten Gremium von Vertretern besonders der Berliner Wirtschaft, denen Schweigen der Presse gegenüber ausdrücklich zur Bedingung gemacht wurde, sprach dieser Tage der Reichsbankpräsident Herr Luther über die nächsten Aufgaben, die er besonders für das ihm unterstellte Institut sieht.

Er ging aus von der

Herabsetzung des Diskonts,

die zwar der Wirtschaft vorausspringe, von der er aber eine Belebung des Innenkredits erhofft. Er wies besonders auf das entgegengesetzte Verhältnis zwischen Diskontsatz und Preis des täglichen Geldes in Deutschland und England hin, in dem er eine Hauptvoraussetzung des Erfolges der englischen Wirtschaftsmaßnahmen der letzten Monate sieht.

Deutschland England

Diskont	6%	5%
Tägliches Geld	8 1/4%	2 1/2%

Ein Abzug von Auslandsgeld sei bei einer Senkung der deutschen Zinssätze nicht zu fürchten. Auch wenn die Risikoprämie für das Auslandskapital geringer werde, bleibe noch eine genügende Gewinnspanne zwischen den deutschen und den Auslandssätzen. Zudem handle es sich dabei nur um kleinere Summen, die überhaupt noch abgezogen werden könnten, da durch die Stillhaltung der Abzug größerer Mittel ins Ausland gehindert sei.

Die Wirtschaftsbesserung sei nur durch kapitalistische Mittel zu erreichen, jede Form von Planwirtschaft würde den Ruin bedeuten; helfen könne nur eine vollkommen verfeinerte und ausgearbeitete Privatwirtschaft. Der Gegensatz zwischen den durch

Kartelle gebundenen hohen Warenpreisen und den ungebundenen Löhnen sei mit dieser nicht zu vereinbaren.

Freilich — auch dieses Experiment müsse trotz der Krise gemacht werden — müßten an Stelle der jetzigen viel zu weit gehenden Barzahlungen die Kredite erweitert und ausgebaut werden. Die Reichsbank sei bereit, auch für Wechsel mit wesentlich längerer Laufzeit als den jetzt üblichen drei Monaten Möglichkeiten der Diskontierung zu finden.

Sehr vorsichtig, das, was von den Kundigen gehört werden sollte, mehr erraten lassend als aussprechend, sprach Herr Luther dann über die

Möglichkeit eines Auslandsmortatoriums

etwa in der Weise, daß wir „vorläufig“ noch zahlen würden, „solange wir könnten“; „noch“ hätten wir kein absolutes Zahlungsverbot ans Ausland, aber die Stillhalte bedeute doch schon nur mehr eine „Zahlung“ in Anführungsstrichen, nämlich von Sperrkonto zu Sperrkonto. Voraussetzung dafür, daß Reichsbank und Reichsregierung — oder, meinte er lächelnd, sei es höflicher, umgekehrt Reichsregierung und Reichsbank zu sagen? — die völlige Zahlungssperre an das Ausland nicht durchführen würden, sei die Bereitwilligkeit des Auslandes, unsere Exportprodukte zu kaufen. Die sinkende Aktivität des deutschen Außenhandels sei ein Drohsignal, das auch jenseits der deutschen Grenzen verstanden werden müsse.

An Zahlungen aus den Friedensverträgen sei selbstverständlich nie mehr zu denken.

Löbe, der Konsequenzenzieher



Nanu, Genosse Löbe, was tun denn Sie unterm Stahlhelm? Das sieht man doch: Ich schlage den Faschismus.